

Politgeografische Studie zur Masseneinwanderungsinitiative

Autor: Michael Hermann
Mitarbeit: Mario Nowak
und Garret Binding

Inhalt

1 In Kürze.....	3
Kernaussagen	3
Fazit	6
2 Einleitung	8
Komplementär zur Vox-Analyse	8
Zyklen der Zuwanderungs- und Wachstumsskepsis.....	9
Elite-Basis-Gegensatz.....	10
Persistenz und Wandel.....	11
3 Die MEI im Abstimmungsvergleich	13
Politische Grundhaltung ausschlaggebend	13
Haltung gegenüber dem Fremden.....	14
Übereinstimmung mit SVP-Familieninitiative und EU-Osthilfe	15
Migrationspolitische Initiativen – ausserpolitische Behördenvorlagen.....	16
4 Faktoren für die Zustimmung zur MEI	19
Zwei Fragestellungen – zwei Erklärungsansätze.....	20
Integrales Regressionsmodell: Einflussfaktoren der MEI-Zustimmung.....	20
Einfluss der Wertorientierung.....	21
Bevölkerungswachstum und Landverlust ohne Einfluss	22
Ansässige und neuzugewanderte Ausländer/innen	23
Regressionsmodell ohne Grundhaltungsvariablen	24
5 Regionale Unterschiede und Trends.....	27
Überblick	27
Sprachregionale Gegensätze	29
Stadt-Land-Gegensätze	32
Kernstädte im Fokus.....	35
Das sozialräumliche Profil	39
Grenz- und Binnenregionen.....	41
6 Stimmbeteiligung und Mobilisierung	44
Faktoren der Mobilisierung	45
Asymmetrische Mobilisierung der Befürworter.....	47
Stimmbeteiligung nach Regionen und Raumtypen.....	48

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Zustimmung zur MEI nach Kantonen	8
Abbildung 2: Zustimmung zu Zuwanderungs-Begrenzung und Netto-Zuwanderung im Vergleich	9
Abbildung 3: Zuwanderungsbegrenzungs-Initiativen. Zustimmung Parlament und Stimmbevölkerung.	11
Abbildung 4: Zustimmung MEI und Ablehnung PFZ-Abstimmungen im Vergleich. Kantone.	12
Abbildung 5: Zustimmung MEI und andere Zuwanderungs-Initiativen im Vergleich	12
Abbildung 6: Zustimmung Ausschaffungsinitiative / MEI im Vergleich. Gemeinden nach Sprache.	13
Abbildung 7: Zustimmung Minarett-Initiative / MEI im Vergleich. Gemeinden nach konf. Tradition.	14
Abbildung 8: Rangliste der Abstimmungen mit der stärksten Übereinstimmung zur MEI	15
Abbildung 9: Übereinstimmungsranglisten PFZ05 / MEI im Vergleich	17
Abbildung 10: Abweichung vom Grundhaltungs-Erwartungswert	19
Abbildung 11: Integrales Regressionsmodell, Signifikanz und Einfluss der erklärenden Variablen	21
Abbildung 12: Regressionsmodell ohne Grundhaltung, Signifikanz und Einfluss der erklärenden Variablen	25
Abbildung 13: Zustimmung zur MEI nach Gemeinden	27
Abbildung 14: Zustimmung zur MEI und Vergleichsthemen nach Regionen	28
Abbildung 15: Zustimmung zur MEI nach Raumtypen	29
Abbildung 16: Zuwanderungs- und Öffnungsvorlagen nach Sprachregionen	30
Abbildung 17: Zuwanderungs- und Öffnungsvorlagen nach Siedlungstyp	32
Abbildung 18: Ablehnung PFZ / Zustimmung MEI nach Kern und Gürtel von fünf Agglomerationen.	34
Abbildung 19: Zuwanderungs- und Öffnungsvorlagen nach Kernstadtgrösse.	35
Abbildung 20: Zuwanderungsvorlagen. Zürich, Basel und Bern.	35
Abbildung 21: Zuwanderungsvorlagen. Genf und Lausanne.	36
Abbildung 22: Zuwanderungsvorlagen nach Quartiertyp. Stadt Zürich.	37
Abbildung 23: Schwarzenbach-Initiative / MEI im Vergleich. Zählkreise Zürich und Genf	38
Abbildung 24: Zuwanderungsvorlagen nach Quartiertyp. Stadt Genf.	38
Abbildung 25: Zuwanderungsvorlagen nach sozialräumlichem Profil. Deutschschweiz.	39
Abbildung 26: Zuwanderungsvorlagen nach sozialräumlichem Profil. Romandie.	39
Abbildung 27: Ablehnung PFZ / Zustimmung MEI nach sozialräumlichem Profil. Fünf Agglomerationen.	41
Abbildung 28: Grenz- und Binnenregionen nach Sprachregionen.	42
Abbildung 29: Zuwanderungsvorlagen nach Grenz- und Binnenregionen. Deutschschweiz und Romandie	42
Abbildung 30: Ablehnung PFZ / Zustimmung MEI. Grenz- und Binnenregionen nach Sprachregion.	43
Abbildung 31: Stimmbeteiligung MEI im Vergleich zum Durchschnitt.	44
Abbildung 32: Durchschnittliche Stimmbeteiligung 2010-2013 / MEI-Beteiligung im Vergleich	45
Abbildung 33: Umfassendes Regressionsmodell der MEI-Stimmbeteiligung	46
Abbildung 34: Summarisches Regressionsmodell der MEI-Stimmbeteiligung	47
Abbildung 35: Stimmbeteiligung nach Regionen	48
Abbildung 36: Stimmbeteiligung nach Raumtypen	49

1 In Kürze

Kernaussagen

Grundhaltung ist entscheidend – Die Unterschiede in der Zustimmung zur Masseneinwanderungsinitiative (MEI) in den Gemeinden lassen sich zu 94 Prozent mit Unterschieden in der politischen Grundhaltung erklären. Je grösser die aussenpolitische Abgrenzungsorientierung, je skeptischer die Einstellung gegenüber Fremden, je wichtiger Tradition und nationale Identität, desto grösser war der Ja-Stimmenanteil in einer Gemeinde. Seit der Abstimmung zum Freizügigkeitsabkommen von 2009 als sich 60 Prozent für dessen Verlängerung und Erweiterung ausgesprochen hatten, hat die Skepsis gegenüber der Personenfreizügigkeit zugenommen. Der Meinungswandel, der zu einer knappen Mehrheit bei der MEI führte, erfolgte dabei proportional zur Verbreitung von nationalkonservativen Werten. Das heisst, die ausschlaggebenden Werte sind dieselben geblieben, nur die Schwelle hat sich verschoben. Ein geringeres Mass an nationalkonservativer Orientierung genügte am 9. Februar 2014 für einen öfFnungskritischen Abstimmungsentscheid.

Einstellung zum Fremden steht im Zentrum – Die statistische Analyse zeigt, dass die Einstellung zu Fremden und zum Fremden in einer Gemeinde drei Mal so viel zur Erklärung der MEI-Zustimmung beiträgt wie die Haltung zur aussenpolitischen Öffnung. Anders als die beiden Abstimmungen zur Personenfreizügigkeit 2005 und 2009 wurde die MEI nicht primär als Europafrage interpretiert. Interessanterweise wurde die MEI auch nicht als spezifische Frage der Zuwanderungsregulierung interpretiert. Die grösste Übereinstimmung besteht zur Ausschaffungsinitiative (2010) und zur Minarett-Initiative (2009). Die Übereinstimmung beträgt sehr hohe 95 beziehungsweise 93 Prozent. Beide Vorlagen haben keinen direkten Bezug zum Phänomen der «Masseneinwanderung». Was die MEI mit den beiden anderen Vorlagen verbindet, ist die darin zum Ausdruck kommende Skepsis gegenüber zu viel Fremdem und das Bedürfnis nach Schutz der eigenen (nationalen) Identität.

Betroffenheit durch «Landverschleiss» und «Dichtestress» ohne Einfluss – Weder die Bevölkerungsdichte noch das Bevölkerungswachstum haben einen Einfluss auf die Zustimmung zur MEI. Gleiches gilt für den Kulturlandverlust bzw. die Zunahme der Nutzflächen (Siedlung, Verkehr, Industrie usw.). «Dichtestress» kann als objektiver Faktor für die Zustimmung zur MEI ausgeschlossen werden. Anders als die konkrete Betroffenheit von «Landverschleiss» hat die politische Sensibilisierung für Landschaftsschutz einen Einfluss auf die MEI-Zustimmung. Gemeinden mit Affinität zu Landschaftsschutzvorlagen hatten unter sonst gleichbleibenden Bedingungen einen leicht höheren Ja-Stimmenanteil. Zuwanderung entfaltet ihre Wirkung primär als abstraktes Phänomen. Entscheidend ist nicht, was vor der eigenen Haustüre passiert, entscheidend sind die kommunizierten Zuwanderungszahlen und Wachstumsraten. Die Furcht vor einer «zubetonierten» Schweiz spielt dennoch nur eine marginale Rolle für die Zustimmung. Die Haltung gegenüber Fremden fällt 20 Mal mehr ins Gewicht.

Grenznähe ohne Einfluss, Tessin als Spezialfall – Die Betroffenheit von Grenzregionen wurde im Vorfeld zur MEI-Abstimmung thematisiert. Die Analyse zeigt, dass Grenznähe zu keiner verstärkten Zustimmungseigung zur MEI führte. Ein Spezialfall bildet das Tessin bzw. die italienische Schweiz. 7 Prozentpunkte der Zustimmung zur MEI können dort auf eine spezifische Abneigung gegen die Personenfreizügigkeit zurückgeführt werden und lassen sich nicht mit der politischen Grundhaltung erklären. Es ist naheliegend, dies auf die exponierte Grenzlage Richtung Italien zurückzuführen. Interessanterweise spielt innerhalb der italienischen Schweiz die Nähe zu Italien aber keine Rolle. Auch hier war offenbar die direkte Betroffenheit für den Stimmentscheid weit weniger wichtig als der allgemeine politische Diskurs. Der einst sehr öffnungsfreundliche Landesteil entwickelt seit 30 Jahren ein zunehmend nationalkonservatives Stimmverhalten. Der Zustimmungsraben zur restlichen Schweiz war bereits bei der Abstimmung zu den Bilateralen Verträgen von 2000 voll ausgebildet und sogar grösser als bei der MEI. Die negativen Folgen des Freizügigkeitsabkommens wurden offensichtlich antizipiert. Der langjährige Trend Richtung Nationalkonservativ macht zugleich deutlich, dass die Personenfreizügigkeit womöglich eher Symbol als Auslöser für die politische Stimmungslage ist. Die Marginalisierung des cisalpinen Landesteils innerhalb der Schweiz und seine exponierte Lage am Rande der Lombardei bestehen mit oder ohne Freizügigkeitsabkommen.

Schwache und gegensätzliche Einflüsse der ausländischen Bevölkerung – Urbane Regionen mit vielen ausländischen Personen sind insgesamt migrationsfreundlicher als rurale mit tieferen Anteilen. Dieser Gegensatz kann nicht alleine auf unterschiedliche Betroffenheit zurückgeführt werden. In ländlichen Regionen dominieren generell eher konservative, in urbanen eher progressive Wertorientierungen. Die Grundhaltungsunterschiede bestimmen die Haltung zum Fremden mit. Wie stark wirkte sich jedoch die Betroffenheit durch die überdurchschnittliche Migrationsdynamik der letzten Jahre spezifisch auf die Zustimmung zur MEI aus? Wie oben dargelegt, entspricht die MEI-Zustimmung weitgehend der ohnehin vorherrschenden Grundhaltung. Entsprechend gering ist der Einfluss der Betroffenheit. Allerdings bestehen signifikante Zusammenhänge. Ein um 10 Prozentpunkte höherer Ausländeranteil führte, unter sonst gleichen Bedingungen, zu einer 0,5 Prozentpunkte tieferen MEI-Zustimmung. Dämpfend wirkte sich vor allem die Präsenz ausländischer Personen aus den nördlichen EU-Ländern aus. Gegenläufig dazu ist der Effekt der Veränderung des Ausländeranteils. Ein rascher Anstieg der ausländischen Bevölkerung, insbesondere aus EU-Nord in einer Gemeinde liess die Zustimmung zur MEI leicht ansteigen. Allerdings musste dieser Anstieg 8 Prozentpunkte in fünf Jahren betragen, um die MEI-Zustimmung um 1 Prozentpunkt zu erhöhen. Der lokale Kontakt mit ansässigen und zugezogenen Ausländer/innen hat letztlich keinen relevanten Einfluss auf die spezifische MEI-Zustimmung. Dennoch zeigen die Analysen, dass Neuzugewanderte tendenziell die Skepsis erhöhen, ansässige Ausländer/innen dagegen zu einer positiveren Haltung zur Zuwanderung führen.

Polarisierung zwischen Kernstädten und Agglomerationsgürtel – Zuwanderung und europäische Integration trennten bis ins Jahr 2000 vor allem die grossen Agglomerationen und den ländlichen Raum. Die Kernstädte und die Gemeinden im Agglomerationsgürtel unterschieden sich nur wenig. Doch seither driften die beiden Teile der Agglomeration

auseinander und der Stadt-Land-Graben öffnet sich zunehmend zwischen dem Kern und dem Gürtel. Insbesondere die grossen Kernstädte sind in den letzten Jahren nicht nur linker, sondern vor allem öfnungsfreundlicher geworden. Demgegenüber haben sich in den Agglomerationsgürteln (zumindest der Deutschschweiz) zunehmend konservative Werte verbreitet. Der ausgeprägte Kern-Gürtel-Gegensatz bei der MEI ist der vorläufige Höhepunkt dieser Entwicklung. Es besteht dabei durchaus ein direkter Bezug zur MEI: Kernstädte sind in erster Linie für Menschen attraktiv, die Dichte und Multikulturalität suchen. Durch Reurbanisierung und Bevölkerungswachstum werden diese städtischen Merkmale seit einigen Jahren vermehrt in die Agglomerationsgürtel getragen. Dorthin, wo Menschen leben, deren Wohnideal nicht immer ein urbanes ist. Der stark ausgeprägte Kern-Gürtel-Gegensatz bei der MEI ist die Fortsetzung eines Trends, der lange vor der Einführung der Personenfreizügigkeit einsetzte. Mit der Zuwanderungsdebatte der letzten Jahre haben sich allerdings die gegensätzlichen Vorstellungen von Verdichtung, Urbanität und Internationalisierung in Kern und Gürtel der Agglomeration sehr wohl akzentuiert.

Abnehmende Polarisierung zwischen Arbeiter- und Oberschichtsgemeinden – Seit der Abstimmung zur Schwarzenbach-Initiative 1970 ist die Zustimmung zu Überfremdungs- und Zuwanderungsinitiativen in Arbeitergemeinden höher, in Oberschichtsgemeinden tiefer als im Durchschnitt. Diese sozialräumliche Polarisierung hat in den letzten Jahren tendenziell abgenommen. Bei der MEI zeigte sich eine auffällig gestiegene Zuwanderungsskepsis in den Oberschichtsgemeinden der Agglomerationen der Deutschschweiz. Unter sonst gleichbleibenden Bedingungen führte ein höheres Medianeinkommen in den Gemeinden zu einer leicht höheren Zustimmung zur MEI. Der Strukturwandel der Zuwanderung hin zu Höherqualifizierten hat dazu geführt, dass auch ansässige Personen aus höheren Schichten vermehrt in Konkurrenz zu Zugewanderten stehen. Die verstärkte Zuwanderungsskepsis ist Ausdruck veränderter Betroffenheit. Der Einkommenseffekt ist signifikant, aber auf die Deutschschweiz beschränkt und quantitativ kaum von Bedeutung.

Asymmetrische Mobilisierung – Die Analyse der Stimmbeteiligung in den Gemeinden zeigt, dass sich der Grad an Konservativität und Fremdenskepsis in den Gemeinden auf die Mobilisierung ausgewirkt hat. In der Tendenz war die Stimmbeteiligung in nationalkonservativ orientierten Gemeinden grösser als in migrations- und öfnungsfreundlichen. Gemäss Modellrechnung kann geschlossen werden, dass die Beteiligung unter PFZ-Skeptikern um 7 Prozentpunkte grösser war als unter Öfnungs-Befürwortern. Ohne diese asymmetrische Mobilisierung des konservativen Lagers, wäre die Zustimmung zur MEI bei 47 statt bei 50 Prozent gelegen. Die asymmetrische Mobilisierung der Öfnungsskeptiker bestätigt die zentrale Bedeutung der politischen Grundhaltung für das Ergebnis der Masseneinwanderungsinitiative.

Fazit

Die politische Grundhaltung gegenüber Fremden war von überragender Bedeutung für die Zustimmung in den Gemeinden zur MEI und sie spielte eine zentrale Rolle für die asymmetrische Mobilisierung des nationalkonservativen Lagers. Die konkrete Betroffenheit durch die Zuwanderung spielte dagegen nur eine marginale Rolle. Inhaltlich ist das MEI-Ja ein Statement gegen «Überfremdung». Die Ja-Stimmenanteile stimmen fast vollständig mit anderen Vorlagen zur Fremdenthematik überein. Die Haltung zu Bevölkerungsdichte und Landschaftsschutz standen dagegen im Hintergrund.

Die Zunahme der Zuwanderungsskepsis seit der PFZ-Abstimmung von 2009 steht durchaus in direktem Zusammenhang zu den überdurchschnittlichen Zuwanderungsraten in dieser Zeit. Entscheidend ist jedoch, dass die Zuwanderungsskepsis proportional zur nationalkonservativen Orientierung und nicht zur Betroffenheit der Gemeinden zugenommen hat. Das heisst: der Stimmungswandel geht zwar auf objektive Veränderungen zurück, die Wirkung dieser Veränderungen ist jedoch subjektiv.

Dilemma der Thematisierung der Zuwanderung: Wenn die direkte Betroffenheit durch Zuwanderung nur einen marginalen Einfluss auf den Abstimmungsentscheid zur MEI hatte, stellt dies die Wirksamkeit flankierender Massnahmen für die Verbesserung der Stimmungslage der Stimmbevölkerung in Frage. Dies gilt zumindest für die direkte Wirkung auf die betroffenen Gruppen. Eine indirekte Wirkung auf die Wahrnehmung der Zuwanderung ist nicht ausgeschlossen: Massnahmen, welche negative Begleiterscheinungen adressieren, stärken womöglich das Vertrauen in der Gesellschaft in eine erfolgreiche Bewältigung der Zuwanderung. Gegen diese Wirkung spricht jedoch, dass für den MEI-Entscheid fast ausschliesslich die Haltung gegenüber dem Fremden ausschlaggebend war. Flankierende Massnahmen ändern nichts an der Zahl der Zugewanderten und sie wirken einer wahrgenommenen «Überfremdung» nicht entgegen.

Darin liegt ein grundlegendes Dilemma. Die skeptische Stimmung in der Bevölkerung gegenüber hohen Zuwanderungszahlen setzt die Behörden unter Handlungsdruck. Das Thematisieren und Problematisieren der Zuwanderung von Seiten der Behörden intensiviert jedoch die Wahrnehmung des Fremden. Dadurch wird der Eindruck von zu vielen Fremden und von drohendem Identitätsverlust tendenziell verstärkt. Dies sagt nichts über die objektive Wirksamkeit oder Notwendigkeit von flankierenden Massnahmen aus. Es stellt jedoch die Wirksamkeit solcher Massnahmen für die politische Meinungsbildung zugunsten der Personenfreizügigkeit in Frage.

Fremdenskepsis ist nicht Fremdenfeindlichkeit: Die Haltung gegenüber Fremden hat die Zustimmung zur MEI entscheidend beeinflusst. Daraus abzuleiten, das knappe Ja zur MEI sei Ausdruck von Fremdenfeindlichkeit, greift jedoch zu kurz. Der Begriff der «Fremdenfeindlichkeit» geht von einer absoluten Ablehnung von Fremden aus. In der Praxis existiert kein Entweder-oder von Fremdenfreundlichkeit und Fremdenfeindlichkeit, sondern es besteht ein gradueller Übergang. Kaum ein Mensch ist feindselig gegen alles Fremde eingestellt und kaum ein Mensch kann mit beliebig viel Fremdheit umgehen. Die Menschen sind mehr oder wenig offen oder skeptisch gegenüber Fremden.

Der graduelle Charakter von Offenheit und Skepsis gegenüber Fremdem spiegelt sich im Resultat von migrationsbezogenen Abstimmungsvorlagen: 2009 stimmten 60 Prozent für eine Verlängerung und Erweiterung der Personenfreizügigkeit, 2014 stimmten 50 für deren Begrenzung. Es gibt keine fixe Quote von Stimmbürgern, die für Öffnung bzw. Schliessung der Grenzen stimmen.

Eine gewisse Skepsis gegenüber Fremden ist jedem Menschen eigen, der Grad unterscheidet sich jedoch erheblich: Die Stimmbevölkerung ist deutlich skeptischer als die politischen Entscheidungsträger, Menschen mit einem Berufsschulabschluss sind im Mittel skeptischer als solche mit einem Hochschulabschluss. Skepsis ist nicht angeboren und Skepsis lässt sich abbauen. Je grösser die Kenntnis von Zusammenhängen, je eher eine globaler Weltsicht eingenommen wird und je stärker der Glaube an die eigene Handlungsmacht desto grösser ist die Offenheit gegenüber Fremden. Es liegt nur zu einem kleinen Teil in der Macht der politischen Behörden, Einfluss auf diese Faktoren zu nehmen. Dennoch ist es womöglich der einzige Weg die Stimmungslage gegenüber der Zuwanderung zu verbessern.

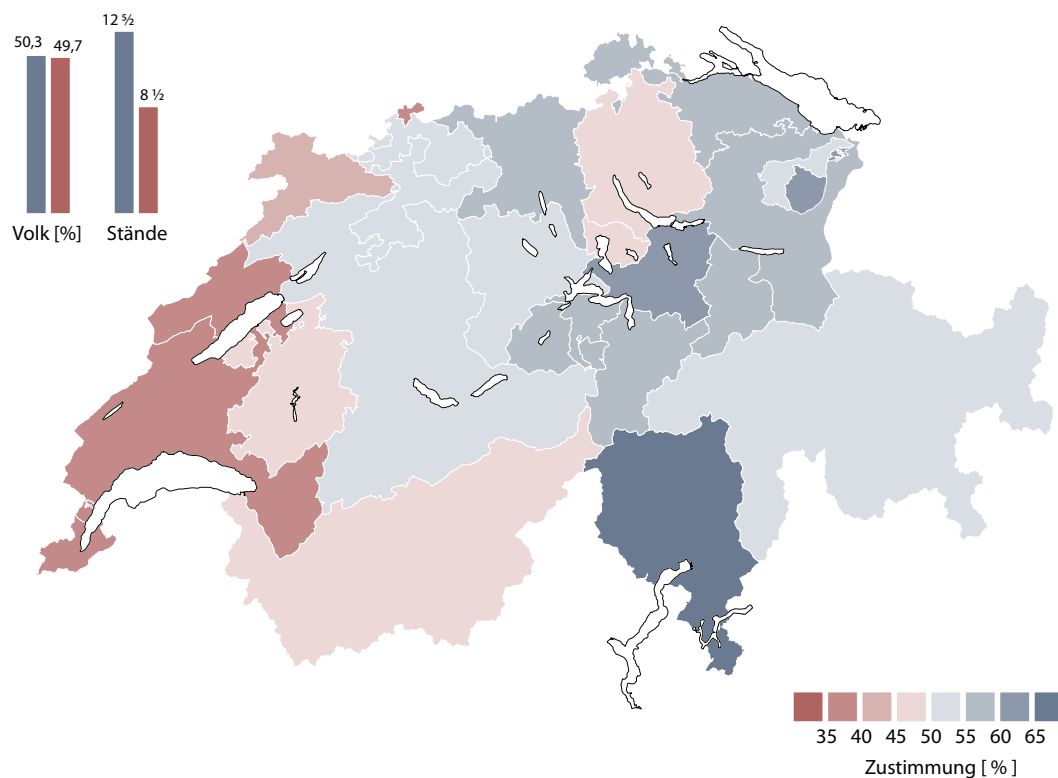
2 Einleitung

Am 9. Februar 2014 wurde die Initiative «gegen Masseneinwanderung» (MEI) mit einem Ja-Stimmenanteil von 50,3 Prozent und von 14,5 Ständen angenommen. Dieses Resultat ist ein Novum. Zum ersten Mal entschied die Schweizer Stimmbevölkerung bei einer Vorlage zur Änderungen des Zuwanderungsregimes nicht im Sinn von Bundesrat und Parlament. Im weiteren Themenfeld der Migration gab es bereits Mehrheiten gegen die Bundesbehörden – so bei der Minarett- (2009) und der Ausschaffungsinitiative (2010) – immer wenn es um die Regulation der Zuwanderung insgesamt und somit um wirtschaftsrelevante Fragen geht, fielen die Mehrheiten gleich aus. So bei fünf Volksinitiativen zur Begrenzung der Zuwanderung, die alle scheiterten und bei zwei Behördenvorlagen zur Erweiterung der Personenfreizügigkeit, welche Mehrheiten bei der Stimmbevölkerung fanden.

Komplementär zur Vox-Analyse

Diese Studie geht den Faktoren auf den Grund, die zu diesem Novum geführt haben. Komplementär zur Vox-Analyse fokussiert sie sich auf die räumlichen Zustimmungsmuster zur Initiative anhand der Ja-Stimmenanteile in den Gemeinden und in den Stadtkreisen Zürichs und Genfs.

Abbildung 1: Zustimmung zur MEI nach Kantonen



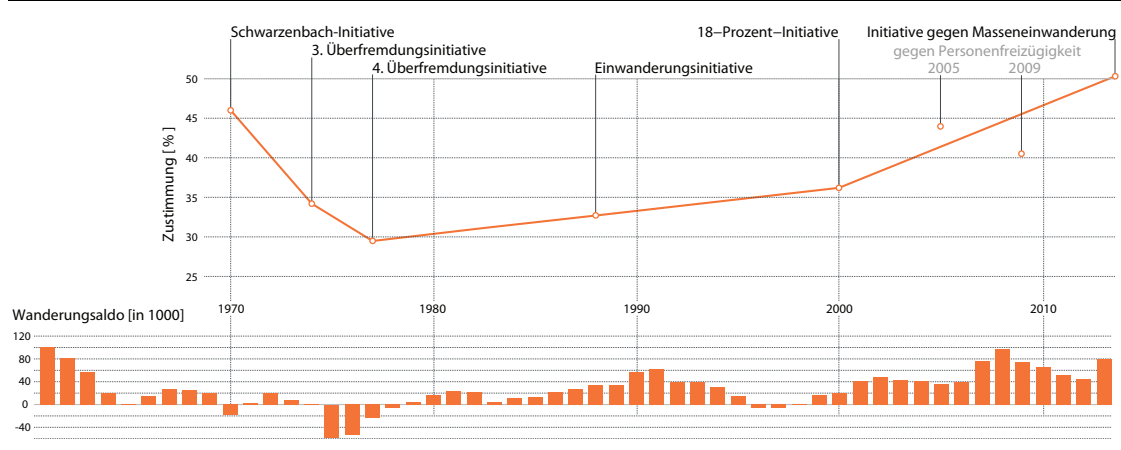
Quelle: Bundesamt für Statistik. Darstellung: sotomo/UZH

Während die Vox-Analyse auf individuellen Befragungsdaten beruht, wird in dieser Studie mit Aggregatdaten gearbeitet. Beide Ansätze haben Vor- und Nachteile und ergänzen sich. In einer Befragung lassen sich direkt Motive und individuelle Merkmale befragen und mit dem Stimmentscheid in Zusammenhang bringen. Entsprechende Rückschlüsse sind mit Aggregatdaten nur indirekt möglich und problematisch. Anders als bei Befragungsdaten handelt es sich bei den hier verwendeten Abstimmungsdaten um Vollerhebungen. Entsprechend können Stichprobefehler ausgeschlossen werden und es muss nicht mit Vertrauensintervallen gearbeitet werden. Gemessene Unterschiede, auch wenn sie nur klein sind, existieren tatsächlich. Dazu kommt, dass mit der Analyse der Gemeinderesultate der Einfluss des Kontexts auf das Zustimmungsniveau untersucht werden kann. Für die Einordnung der Ja-Mehrheit zur MEI ist die Beurteilung des Kontexts von entscheidender Bedeutung. Zuwanderung und damit assoziierte Folgen sind raumbezogen. Die Frage, welche Faktoren (Bodenverbrauch, Demographie usw.) tatsächlich Einfluss auf den Stimmentscheid haben und welche nicht, lassen sich mit Befragungsdaten alleine nicht untersuchen.

Zyklen der Zuwanderungs- und Wachstumsskepsis

Am 7. Juni 1970 stimmten nach intensivem Abstimmungskampf 46 Prozent für die so genannte Schwarzenbach-Initiative. Die radikale Vorlage verlangte den Ausländeranteil, der damals bei 17 Prozent lag auf 10 Prozent zu reduzieren. Die Initiative war eine Reaktion auf hohe Zuwanderungsraten und einen rasch steigenden Ausländeranteil als Folge des seit den 1950er-Jahren anhaltenden Wirtschaftsbooms. Parallel zur «Überfremdungsthematik» intensivierte sich die Debatte über «Zersiedlung» und Verlust von bäuerlichem Boden (z.B. Initiative gegen Bodenspekulation 1967).

Abbildung 2: Zustimmung zu Zuwanderungs-Begrenzung und Netto-Zuwanderung im Vergleich



Quelle: Bundesamt für Statistik. Darstellung: sotomo/UZH

Die Schwarzenbach-Initiative war Höhepunkt und Wendepunkt zugleich. Ölkrise, Rezession und Inflation veränderten die Richtung der Diskussion. Die weiteren Überfremdungsvorlagen wurden durch wirtschaftliche Sorgen in den Hintergrund gedrängt und gewannen weniger als 35 Prozent Zustimmung. In der Folge veränderte sich die Stossrichtung des Migrationsdiskurses. Nicht mehr die quantitative Regulierung der Zuwanderung sondern Missbrauch und Illegalität – insbesondere im Asylbereich – sowie die Einbürgerungs-

frage rückten in den Fokus. Quer dazu stand die so genannte 18-Prozent-Initiative, die eine Begrenzung des Ausländeranteils auf den entsprechenden Wert forderte. Auch diese Initiative war eine Reaktion auf eine verstärkte Zuwanderung. Sie wurde 1994 von einem rechtsbürgerlichen Komitee um den heutigen FDP-Präsidenten Philipp Müller lanciert. Damals hatten die Jugoslawien-Kriege wieder zu höheren Zuwanderungsraten geführt. Als die Initiative im Jahr 2000 zur Abstimmung kam, war die Zuwanderungswelle bereits wieder abgeebbt und die Initiative scheiterte klar. Die durchgezogene wirtschaftliche Entwicklung der Schweiz in den 1990er-Jahren liess keine Wachstumsskepsis aufkommen. Dazu bedurfte es wie in der Zeit des «Wirtschaftswunders» einer längeren Boom-Phase.

Anfang 2007, noch vor dem Start der vollen Personenfreizügigkeit, lancierte der Blick die Artikelserie «Wie viele Deutsche verträgt die Schweiz?». Eine neue Zuwanderungsdebatte kündigte sich an. Ein Mix aus Pull-Faktoren (Stärke und Strukturwandel der Schweizer Wirtschaft) und Push-Faktoren (Deutsche Wachstumsschwäche, Euro-Krise) machten die Schweiz zu einem attraktiven Einwanderungsland. Mit der Personenfreizügigkeit wurde die quantitative Regulierung zumindest gegenüber der EU schrittweise abgeschafft. Die anhaltend hohen Zuwanderungs- und Wachstumsraten reaktivierten die Debatte über das Mass der Zuwanderung und auch die Diskussion um Kulturland und Raumplanung gewannen neue Aktualität. Das knappe Ja zur MEI kann damit gewissermassen als Abschluss eines Zyklus gesehen werden, der mit der Schwarzenbach-Initiative startete.

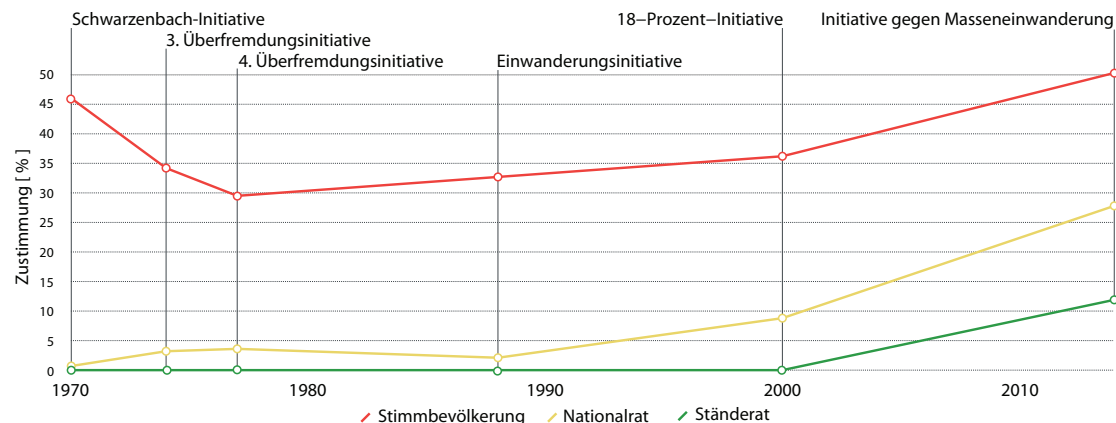
Dennoch stehen wir heute an einem gänzlich anderen Punkt als 1970. Das zeigt der inhaltliche Vergleich der Schwarzenbach- und der Masseinwanderungs-Initiative. 1970 stimmten 46 Prozent für eine Vorlage, welche die Ausweisung hunderttausender ausländischer Personen zur Folge gehabt hätte. Eine Vorlage, die verlangte, dass in einem Betrieb keine Schweizer entlassen werden dürfen, so lange es noch Ausländer in demselben Tätigkeitsfeld gibt. Materiell liegen Welten zwischen dieser Vorlage und der MEI, die ohne fixe Obergrenze eine «wirtschaftsverträgliche» Drosselung der Zuwanderung will. Der aktuelle Zuwanderungsboom führte zu einem Revival der Wachstumsskepsis, die Vorstellung von Normalität hat sich allerdings verschoben. Schwarzenbachs Forderung nach einem negativen Wanderungssaldo und einem Ausländeranteil von 10 Prozent erscheinen heute wie Anliegen aus einer anderen Welt.

Elite-Basis-Gegensatz

Die Beschlussfassung zur Überfremdungs-Initiative von 1970 war im Parlament von emotionalen Debatten begleitet. Doch das Ergebnis war eindeutig. Mit einer Ausnahme stimmten alle National- und Ständeräte mit dem Bundesrat gegen das Initiativbegehren. Die Ausnahme war James Schwarzenbach. Mit seinem Ja repräsentierte der Vertreter der Nationalen Aktion (NA) an der Urne schliesslich allein 46 Prozent der Stimmenden. Diskrepanzen zwischen politischer Elite und gesellschaftlicher Basis sind bei Migrationsfragen besonders ausgeprägt. Wie Auswertungen von uns zeigen, ist die Migrationspolitik bis heute neben dem Strafrecht das Themenfeld mit dem durchschnittlich grössten Elite-Basis-Gegensatz. Im Nachgang zur Überfremdungsinitiative gewannen die NA und die von ihr abgespaltenen Republikaner zwar einige Sitze, blieben jedoch eine marginalisierte Minderheit.

Erst mit dem Aufstieg und der Neupositionierung der SVP erhielten die Zuwanderungs-skeptiker im Parlament eine stärkere Stimme. Doch auch dies nicht sofort. Anders als bei Asyl- und Einbürgerungsfragen war die Position der SVP-Fraktion bezüglich quantitativer Zuwanderungsregulierung lange Zeit ambivalent. Nur 10 SVP-Nationalräte unterstützten 1999 bei der entsprechenden Schlussabstimmung die 18-Prozent-Initiative.

Abbildung 3: Zuwanderungsbegrenzungs-Initiativen. Zustimmung Parlament und Stimmbevölkerung.



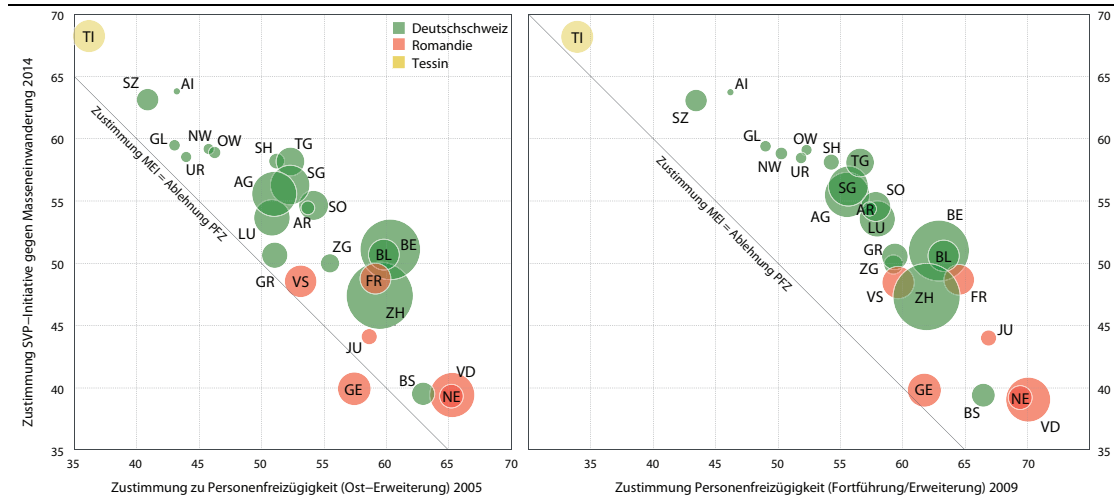
Quelle: Bundesamt für Statistik, Parlamentsdienste. Darstellung: sotomo/UZH

Abbildung 3 zeigt die Entwicklung der Zustimmung zu Zuwanderungsvorlagen im National- und Ständerat im Vergleich zur Stimmbevölkerung. Unabhängig vom Zyklus der Zustimmung in der Bevölkerung haben die Zustimmungssanteile im Parlament zugenommen – im Nationalrat stärker als im Ständerat. Die MEI erhielt die Unterstützung von 54 National- und 5 Ständeräten. Restriktive Migrationsvorlagen erhalten bei der Stimmbevölkerung im Durchschnitt 25 Prozentpunkte mehr Zustimmung als im Nationalrat. Vorlagen zur ausenpolitischen Öffnung 20 Prozentpunkte weniger. Mit einem Elite-Basis-Gegensatz von 22 Prozentpunkten lag die MEI dazwischen.

Persistenz und Wandel

Anfang 2009 sprachen sich knapp 60 Prozent der Stimmenden für die Erweiterung und Verlängerung der Personenfreizügigkeit. Fünf Jahre später stimmten knapp über 50 Prozent für eine Beschränkung der Zuwanderung. Dies ist ein deutlicher Stimmungsumschwung in kurzer Zeit. Doch trotz des tieferen Zustimmungsniveaus hat sich die Struktur der Zustimmung als sehr stabil erwiesen. Wie Abbildung 4 zeigt, hat sich das Niveau der Zuwanderungsskepsis verändert, die relativen Unterschiede zwischen den Kantonen sind annähernd konstant geblieben. Dies deutet darauf hin, dass der Stimmungsumschwung eher global als lokal wirkt. Das heisst, er wirkt in allen Teilen der Gesellschaft und nicht nur in jenen, die auf spezifische Weise von der Zuwanderung betroffen sind. Der Vertiefung dieser Thematik sind die Kapitel 4 (ab Seite 19) dieser Studie gewidmet.

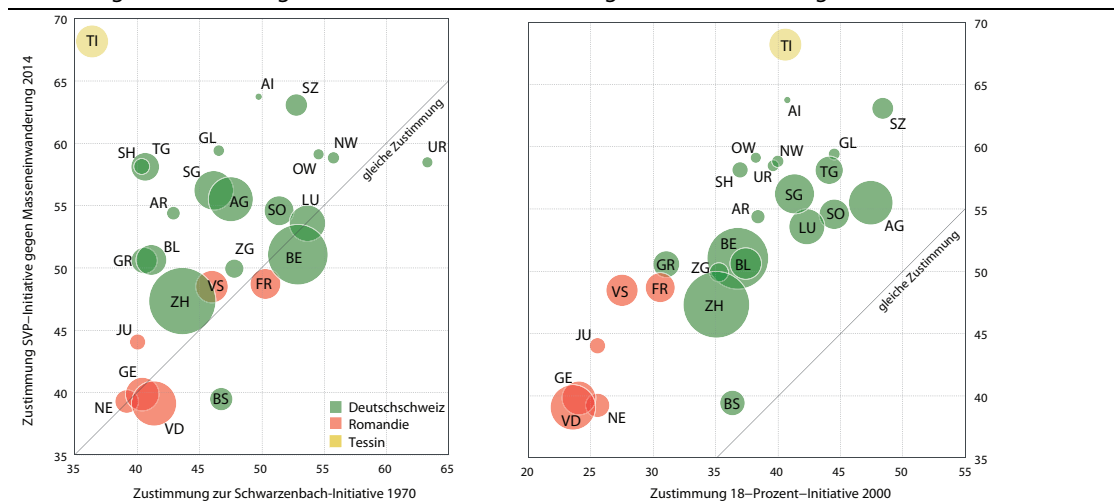
Abbildung 4: Zustimmung MEI und Ablehnung PFZ-Abstimmungen im Vergleich. Kantone.



Quelle: Bundesamt für Statistik. Darstellung: sotomo/UZH

Spezifische und relative Veränderungen in der Zuwanderungskritik sind in der langen Frist sehr wohl erkennbar. Dies zeigt der Vergleich der Zustimmung zur MEI mit früheren Zuwanderungs-Initiativen in Abbildung 5. Die Zustimmung der Kantone zur Schwarzenbach-Initiative von 1970 weicht deutlich von der Zustimmung zur MEI ab. Seit 1970 haben sich offensichtlich die Haltungen in den Kantonen grundlegend verändert und/oder das politische Spannungsfeld zur Zuwanderungsfrage hat sich verschoben.

Abbildung 5: Zustimmung MEI und andere Zuwanderungs-Initiativen im Vergleich



Quelle: Bundesamt für Statistik. Darstellung: sotomo/UZH

Zur Erfassung des grundlegenden Wandels der Zustimmungsmuster zu Zuwanderungsvorlagen, wird in dieser Studie neben dem Gegenwartsbezug eine langfristige Perspektive eingenommen. Die Untersuchung der langfristigen Trends erfolgt in Kapitel 5 (ab Seite 27).

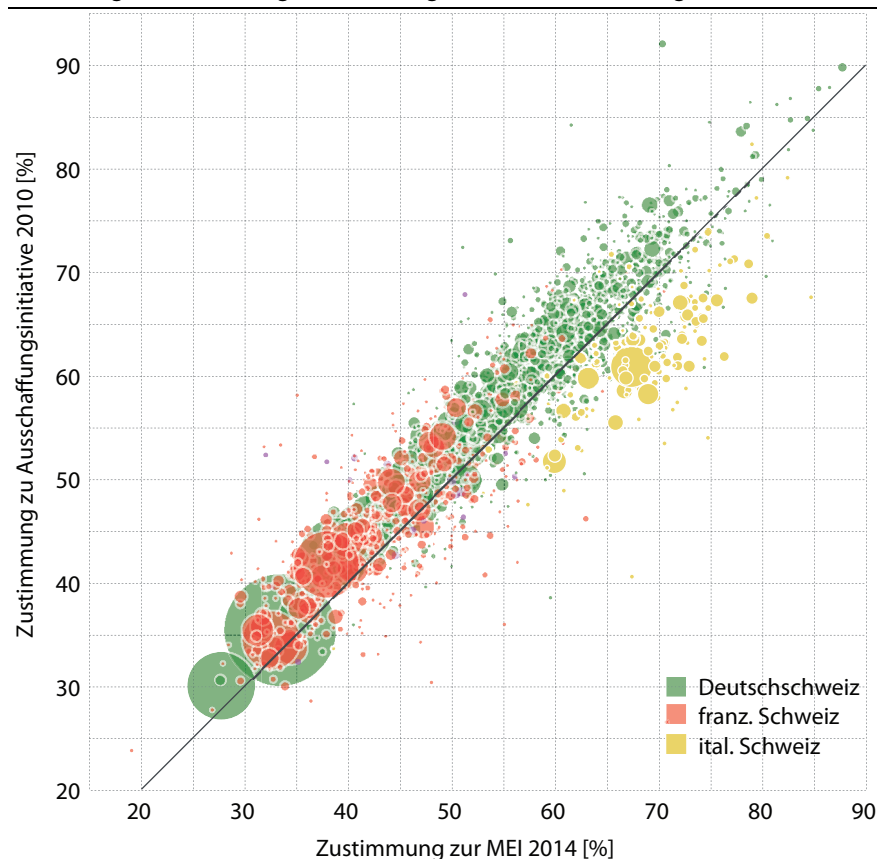
3 Die MEI im Abstimmungsvergleich

Jährlich stimmt die Schweizer Stimmbevölkerung auf nationaler Ebene im Durchschnitt über acht Sachvorlagen ab. Durch diese intensive Abstimmungstätigkeit ist ein reicher Fundus von Abstimmungen ähnlichen Inhalts, zu ähnlichen Konfliktlinien und Themenfeldern entstanden. Ein Fundus, der eine thematische Einordnung jeder neuen Abstimmung ermöglicht. Basis dazu bilden die Ja-Stimmenanteile in den Gemeinden. Diese erlauben einen statistischen Vergleich zwischen den Vorlagen. Je stärker die Ja-Stimmenanteile korrelieren, desto stärker überschneiden sich die gesellschaftlichen Gruppen, die sich von diesen Vorlagen besonders angesprochen fühlen. Gemessen wird dabei nicht das absolute Zustimmungsniveau, sondern die relativen Zustimmungsunterschiede in den Gemeinden. Aus der Übereinstimmung mit jeder einzelnen Abstimmung der letzten 30 Jahre lässt sich das Konfliktfeld, das für die unterschiedliche Zustimmung zur MEI in den Gemeinden ausschlaggebend ist, inhaltlich bestimmen.

Politische Grundhaltung ausschlaggebend

Die politischen Grundwerte der Stimmenden in den Gemeinden haben überragende Bedeutung für den Ja-Stimmenanteil bei der Masseneinwanderungsinitiative (MEI). Die Begründung für diese Aussage findet sich im Vergleich mit anderen Volksabstimmungen.

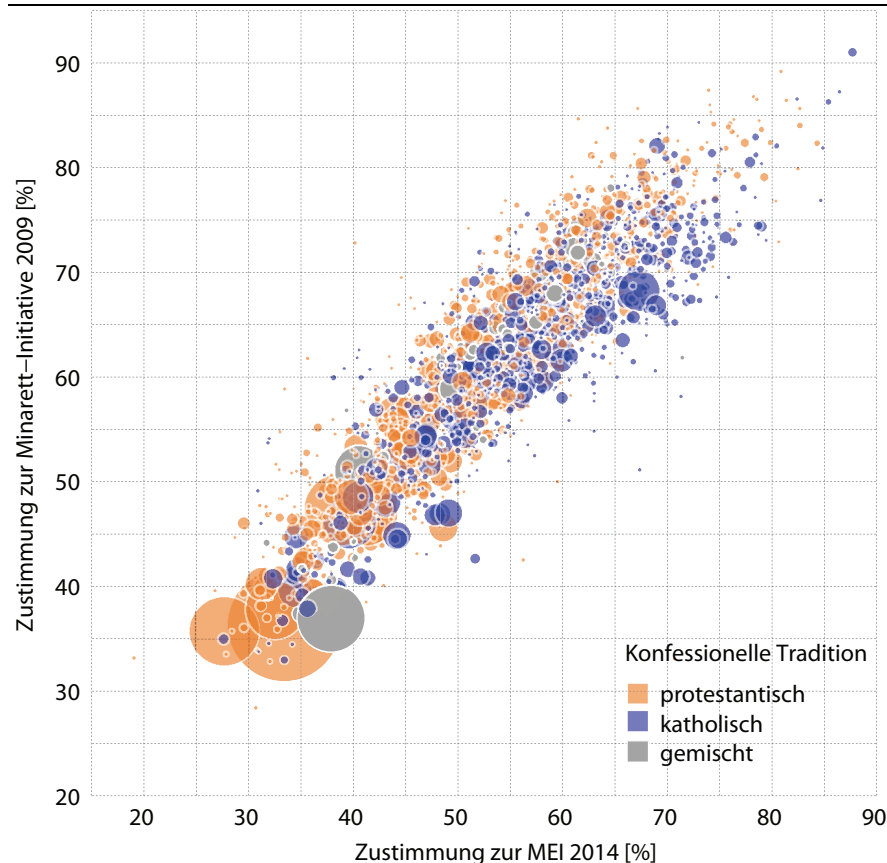
Abbildung 6: Zustimmung Ausschaffungsinitiative / MEI im Vergleich. Gemeinden nach Sprache.



Quelle: Bundesamt für Statistik. Darstellung: sotomo/UZH

So deckt sich das Zustimmungsmuster zur MEI zu 95 Prozent mit dem Zustimmungsmuster bei der Ausschaffungsinitiative (2010). Dies obwohl es bei der Ausschaffungsinitiative nicht um die quantitative Regulierung der Zuwanderung gegangen ist. Die Thematik der hohen Zuwanderungszahlen wird von der Ausschaffungsinitiative nicht tangiert, dennoch sind die Zustimmungsteile zu den beiden Initiativen nahezu deckungsgleich. Dies zeigt, dass die allgemeine Einstellung zu den «Fremden» für die Zustimmungsbereitschaft zur MEI ausschlaggebend ist. Abbildung 6 zeigt die ausserordentliche Übereinstimmung in der Zustimmung bei beiden Abstimmungsvorlagen. Eine leichte Abweichung von der Diagonale zeigt sich einzig bei den italienischsprachigen Gemeinden (gelb) – hier ist die Zustimmung zur MEI im Vergleich zur Ausschaffungsinitiative überdurchschnittlich. Das heisst, nur in der italienischen Schweiz existiert eine spezifische Skepsis gegenüber dem Freizügigkeitsabkommen, die deutlich über die generelle Skepsis gegen Fremde hinausgeht. Auf weitere spezifische Einflussfaktoren wird in Kapitel 4 eingegangen.

Abbildung 7: Zustimmung Minarett-Initiative / MEI im Vergleich. Gemeinden nach konf. Tradition.



Quelle: Bundesamt für Statistik. Darstellung: sotomo/UZH

Haltung gegenüber dem Fremden

Die Ausschaffungsinitiative ist die Abstimmungsvorlage, deren Zustimmungsmuster am stärksten mit der MEI übereinstimmen. Am zweitstärksten ist die Übereinstimmung mit der Minarett-Initiative (2009). Das Zustimmungsniveau in den Gemeinden zur MEI lässt sich zu 93 Prozent mit dem Zustimmungsniveau zur Minarett-Initiative erklären. Dies obwohl das Minarett-Verbot noch weniger als die Ausschaffungsinitiative mit der Zuwanderung aus

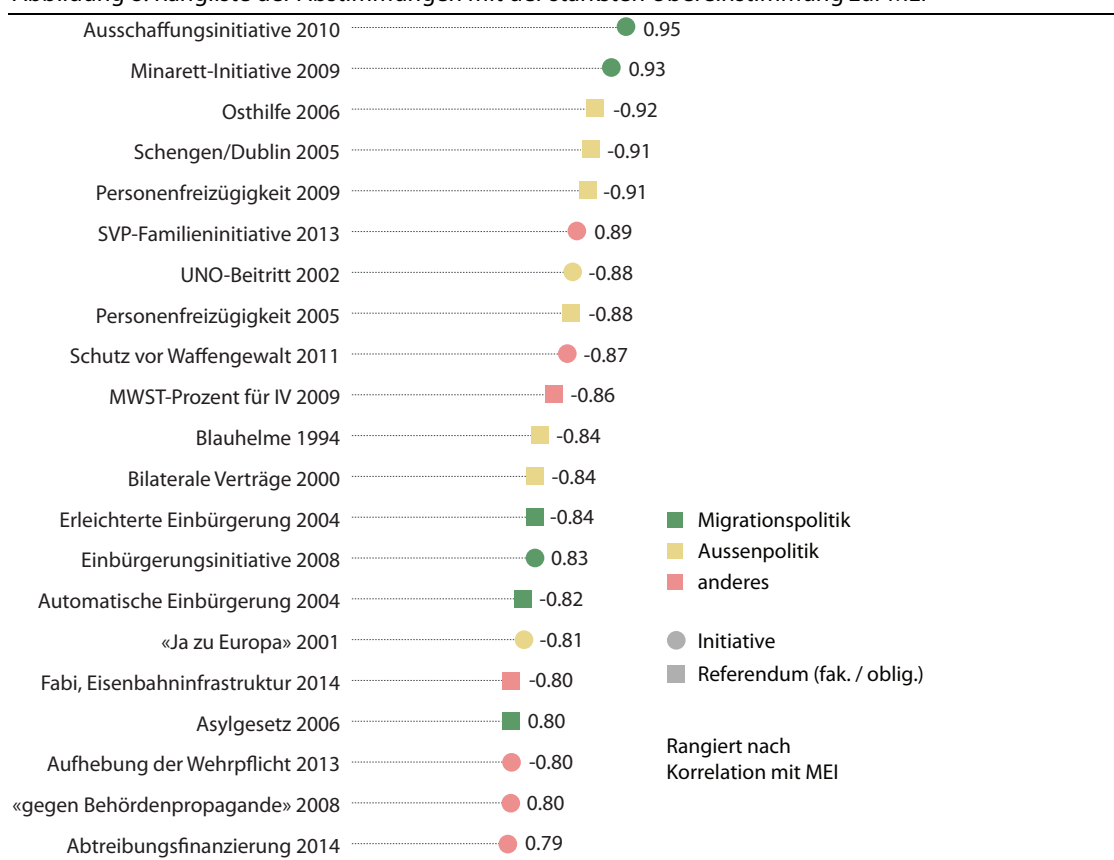
dem EU/EFTA-Raum verknüpft ist und nur einen indirekten Bezug zur Migrationsthematik besitzt. In der Haltung gegenüber «den» Fremden kommt die Haltung gegenüber «dem» Fremden zum Ausdruck.

Wie in Abbildung 7 ersichtlich wird, war die Zustimmung zur Minarett-Initiative im Vergleich zur MEI in Gemeinden mit katholischer Tradition (blau) unterdurchschnittlich. Die blauen Kreisscheiben konzentrieren sich im rechten Bereich der Punktwolke. Eine mögliche Erklärung hierfür ist, dass in katholischen Regionen eine Erinnerungstradition an die Benachteiligung durch die dominante reformierte Konfession besteht (z.B. Bistumsartikel von 1874). Die Vorbehalte gegenüber einem Minarettverbot waren jedenfalls im Vergleich zu politisch vergleichbaren reformierten Gemeinden etwas grösser.

Übereinstimmung mit SVP-Familieninitiative und EU-Osthilfe

Die konkrete Frage der «Masseneinwanderung» ist überprägt von der Grundhaltung gegenüber Fremden. Diese Grundhaltung wiederum fusst in einer noch allgemeineren weltanschaulichen Grundorientierung. So stimmt das Zustimmungsmuster zur MEI zu 89 Prozent mit dem Muster bei der SVP-Familieninitiative (2013) überein. Dies obwohl diese Initiative keinerlei migrationspolitischen Bezug hatte, sondern sich auf Fiskal- und Gesellschaftspolitik bezog.

Abbildung 8: Rangliste der Abstimmungen mit der stärksten Übereinstimmung zur MEI



Quelle: Bundesamt für Statistik. Darstellung: sotomo/UZH

Abbildung 8 zeigt die Rangliste der Abstimmungen mit der stärksten statistischen Übereinstimmung zur MEI. Neben den erwähnten Initiativen ist die Übereinstimmung vor allem mit aussenpolitischen Abstimmungen stark. Die naheliegende Erwartung, dass die Abstimmungen zur Personenfreizügigkeit am stärksten übereinstimmen, wird nicht erfüllt. Vielmehr ist es die Abstimmung zum Osthilfegesetz (Kohäsionsbeitrag für die östlichen EU-Staaten) von 2006, die mit 92 Prozent die grösste Übereinstimmung mit der MEI zeigt. Es ging dort zwar ebenfalls um die Beziehungen zur EU, jedoch losgelöst von Freizügigkeit und Zuwanderung. Auch dies macht deutlich, dass die Grundhaltung entscheidend für die Zustimmungsunterschiede ist.

Die Gemeinsamkeit der Vorlagen, deren Zustimmung sehr stark mit der MEI korreliert, ist nicht das politische Themenfeld, sondern die Werte, die sie ansprechen. Die Bewahrung von Identität, Tradition und Eigenständigkeit stehen den Anliegen von Offenheit, Opportunität und Wandelbarkeit gegenüber. Das Spannungsfeld zwischen Öffnung und Schliessung, zwischen Wandel und Bewahrung kann sich dabei ebenso bei gesellschafts- wie in aussenpolitischen Fragen manifestieren. Politisch wird die konservative (bewahrende und schliessende) Grundhaltung in erster Linie durch die Positionen der SVP geprägt. Obwohl die Debatte im Vorfeld der MEI-Abstimmung teilweise quer zum bekannten Spannungsfeld zwischen konservativ und progressiv verlief, war am Schluss der Grad der Konservativität und damit de facto auch die politische Nähe zur SVP entscheidend für die Zustimmungsunterschiede in den Gemeinden.

Migrationspolitische Initiativen – aussenpolitische Behördenvorlagen

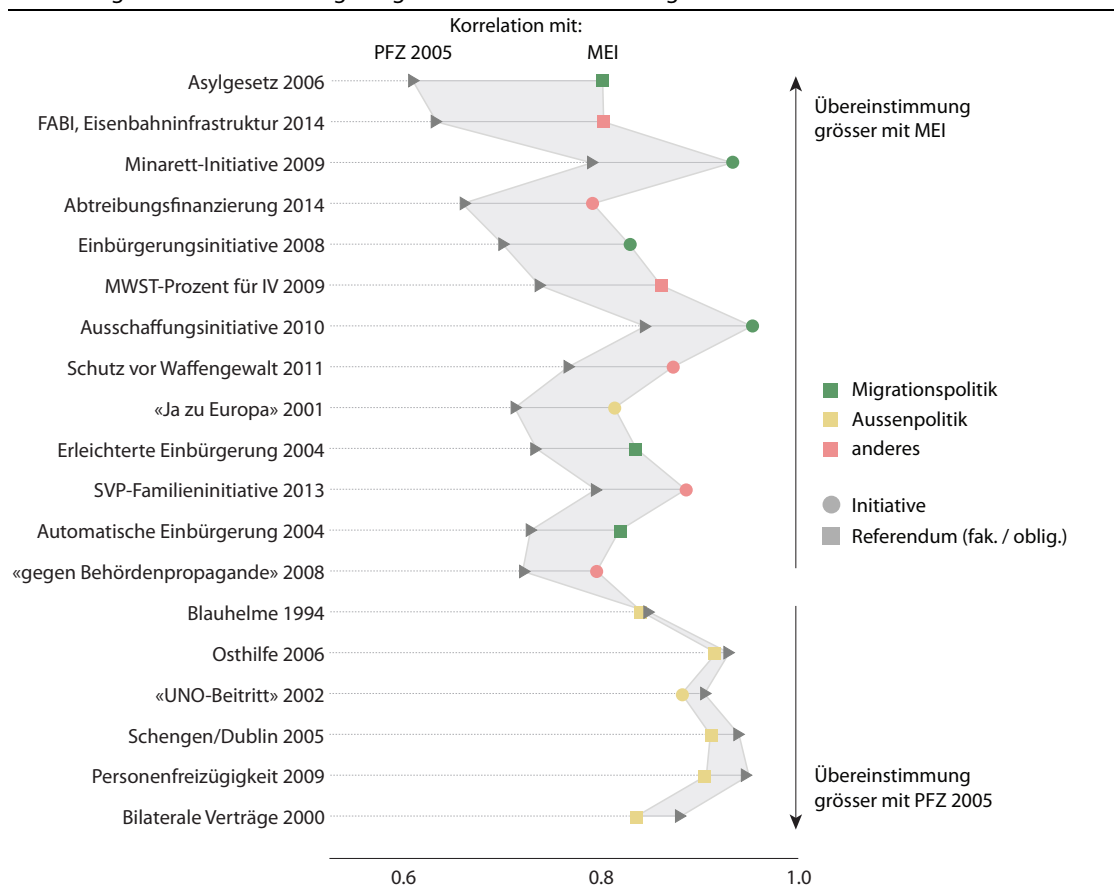
Der Vergleich von Abstimmungsvorlagen zeigt die strukturelle Verwandtschaft der MEI mit Abstimmungen jenseits der Zuwanderungsfrage. Das Gemeinsame wird sichtbar. Mit dem Vergleich von Abstimmungen können allerdings auch feine Unterschiede zwischen einzelnen Vorlagen aufgedeckt werden. Von besonderem Interesse sind dabei die Unterschiede zu den Personenfreizügigkeitsvorlagen von 2005 und 2009. Wie bei der MEI ging es da um die Regelung der Zuwanderung aus dem EU/EFTA-Raum. Statt um Einführung von Kontingenten ging es um deren Ablösung und um die Entwicklung der Personenfreizügigkeit (PFZ). Statt um eine Initiative handelte es sich um Referenden und statt gegen Parlament und Regierung entschied die Stimmbevölkerung damals im Sinn der Behörden. Beide PFZ-Vorlagen korrelieren stark mit der MEI. Das Nein zur PFZ-Abstimmung von 2009 stimmt zu 91 Prozent mit dem Ja zur MEI überein. Die PFZ-Vorlage von 2005 stimmt etwas weniger, nämlich zu 88 Prozent mit der MEI überein. Wie oben dargelegt, werden Vorlagen bei denen es um politische Öffnung und Schliessung geht, ähnlich beurteilt. Dennoch bestehen Unterschiede, die herausgearbeitet werden können.

In Abbildung 9 sind die Abstimmungen dargestellt, die am stärksten mit der MEI bzw. mit der PFZ-Vorlage von 2005 korrelieren. Sie sind sortiert nach der Differenz der Übereinstimmung. Ganz oben sind die Vorlagen, die stärker mit der MEI übereinstimmen, ganz unten jene, die, relativ gesehen, näher bei der Abstimmung zur Personenfreizügigkeit 2005 liegen. Die Rangierung in Abbildung 9 macht deutlich, dass die PFZ-Abstimmung von 2005 deutlich schwächer mit anderen migrationspolitischen Vorlagen korreliert als die MEI, obwohl es auch dort ganz unmittelbar um Zuwanderung gegangen ist. Das Zustim-

mungsmuster zur PFZ-Vorlage von 2005 entsprach jenem anderer europapolitischer Vorlagen der Nullerjahre. Die Vorlage wurde von der Stimmbevölkerung als aussenpolitisches Anliegen gelesen, die migrationspolitische Dimension blieb im Hintergrund. Wie die Korrelationsanalyse zeigt, ist dies bei der MEI anders. Dies kann auf drei Faktoren zurückgeführt werden:

- Die Debatte über die Quantität der Zuwanderung intensivierte sich in den vergangenen Jahren als Folge des Anstiegs der Netto-Zuwanderung. Die Thematik der Personenfreizügigkeit hat sich dadurch in der öffentlichen Meinung zu einem primär migrationspolitischen Thema entwickelt.
- Durch Titel («Masseneinwanderung»), Absender (SVP) und Form (Initiative) der Vorlage vom 9. Februar 2014 wurde die Abstimmung verstärkt als migrationspolitische Vorlage wahrgenommen.
- Die Gegner der Vorlage schafften es nicht, die europapolitische Dimension in den Vordergrund zu rücken.

Abbildung 9: Übereinstimmungsranklisten PFZ05 / MEI im Vergleich



Quelle: Bundesamt für Statistik. Darstellung: sotomo/UZH

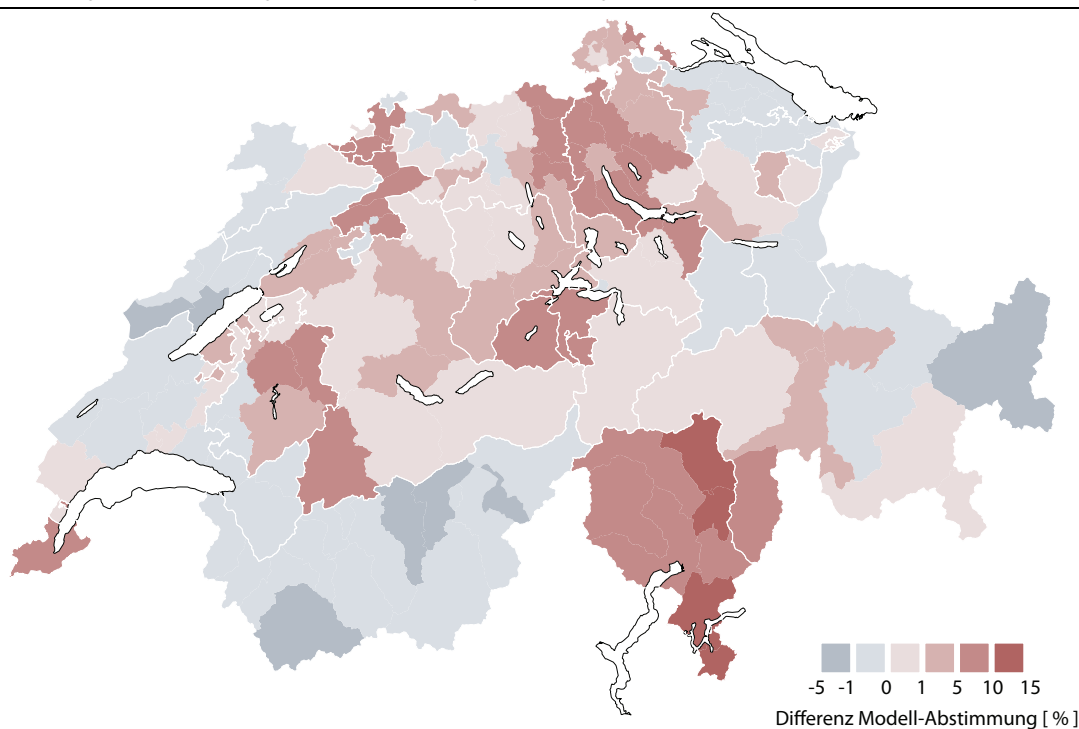
Abbildung 9 macht nicht nur das Spannungsfeld Migrations- vs. Aussenpolitik sichtbar, sie zeigt ebenfalls ein Spannungsfeld zwischen Initiativen und Referenden. Die Initiativen konzentrieren sich oben im Schema (nahe der MEI), die Referenden unten (nahe der PFZ 2005). Aus Sicht der Behörden ist dies relevant. Während nämlich aussenpolitische Refer-

enden in der jüngeren Vergangenheit immer im Sinn der Behörden ausgingen, wurden diese bei drei migrationspolitischen Initiativen (Minarett, Ausschaffung und MEI) von Volk und Ständen überstimmt. Dies deutet darauf hin, dass Bundesrat und Parlament bei ausserpolitischen Behördenvorlagen mehr Überzeugungskraft entfalten können als bei migrationspolitischen Volksinitiativen. Je stärker die Europapolitik über migrationspolitische Initiativen verhandelt wird, desto mehr gibt die politische Führung das Heft aus der Hand.

4 Faktoren für die Zustimmung zur MEI

Die politische Grundhaltung ist entscheidend für die Zustimmung zur MEI in den Gemeinden. Dies hat der einfache Vergleich der Zustimmungsmuster verschiedener Volksabstimmungen gezeigt. Der Befund wird durch den Einbezug einer Regressionsanalyse bestätigt. Mit einer Regressionsanalyse lässt sich der ursächliche Einfluss einer Reihe unabhängiger Variablen auf eine abhängige Variable bestimmen. Die abhängige Variable ist die Zustimmung zur MEI in den Gemeinden in Prozent. Es ist dies die Variable, die mit Hilfe anderer, unabhängigen Variablen erklärt werden soll. Zu diesen unabhängigen Variablen können etwa der Ausländeranteil oder das Bevölkerungswachstum der Gemeinden gezählt werden. Mit dem Regressionsmodell kann untersucht werden, ob sich die Betroffenheit von der Zuwanderung auf die Zustimmung zur MEI ausgewirkt hat. So kann etwa die Frage beantwortet werden, ob ein überdurchschnittlicher Kulturlandverlust in einer Gemeinde zu einer überdurchschnittlichen Zustimmung zur MEI geführt hat.

Abbildung 10: Abweichung vom Grundhaltungs-Erwartungswert



Quelle: Bundesamt für Statistik. Modell und Darstellung: sotomo

Zu den unabhängigen Variablen können auch politische Variablen wie der Wähleranteil der Parteien oder Ergebnisse anderer Abstimmungen gezählt werden. Ein Regressionsmodell mit nur drei unabhängigen Variablen – nämlich den Ja-Stimmenanteile zur Minarett-Initiative (2009), zum Osthilfegesetz (2006) sowie zur SVP-Familieninitiative (2013) – erklärt 94 Prozent der Varianz der Zustimmung zur MEI in den Gemeinden. Es sind dies drei Abstimmungen, die keinen Bezug zur «Masseneinwanderung» aus dem EU-Raum haben. Mindestens 94 Prozent der Zustimmungsunterschiede lassen sich somit alleine durch die

(nationalkonservative) Grundhaltung der Gemeinden erklären. Maximal 6 Prozent gehen auf andere Einflussfaktoren zurück. Die Residuen, die sich nicht mit der Grundhaltung erklären lassen sind in Abbildung 10 (auf Bezirksstufe) dargestellt. In den rot eingefärbten Bezirken war die Zustimmung zur MEI grösser als aufgrund ihrer Grundhaltung erwartet, in den blau eingefärbten war sie tiefer. Die geographischen Muster deuten darauf hin, dass die Residuen nicht bloss zufällig verteilt sind.

Zwei Fragestellungen – zwei Erklärungsansätze

Soll die politische Grundhaltung als erklärende Variable ins Regressionsmodell integriert werden? Oder darf sie nicht verwendet werden, weil sie Teil von dem ist, was mit dem Modell erklärt werden soll? Die Antwort lautet: es hängt von der Fragestellung ab. Werden Variablen zur politischen Grundhaltung zur Erklärung beigezogen, dann können die Gründe für die Zustimmung zur MEI untersucht werden, die nicht Ausdruck der ohnehin bestehenden Haltung gegenüber Fremden sind. Nur so kann untersucht werden, ob neben der generellen Öffnungsskepsis auch andere (objektive) Faktoren das Abstimmungsergebnis beeinflusst haben. Nur so kann untersucht werden, ob Betroffenheit durch die «Massenzuwanderung» eine spezifische Skepsis gegen das Freizügigkeitsabkommen hat entstehen lassen.

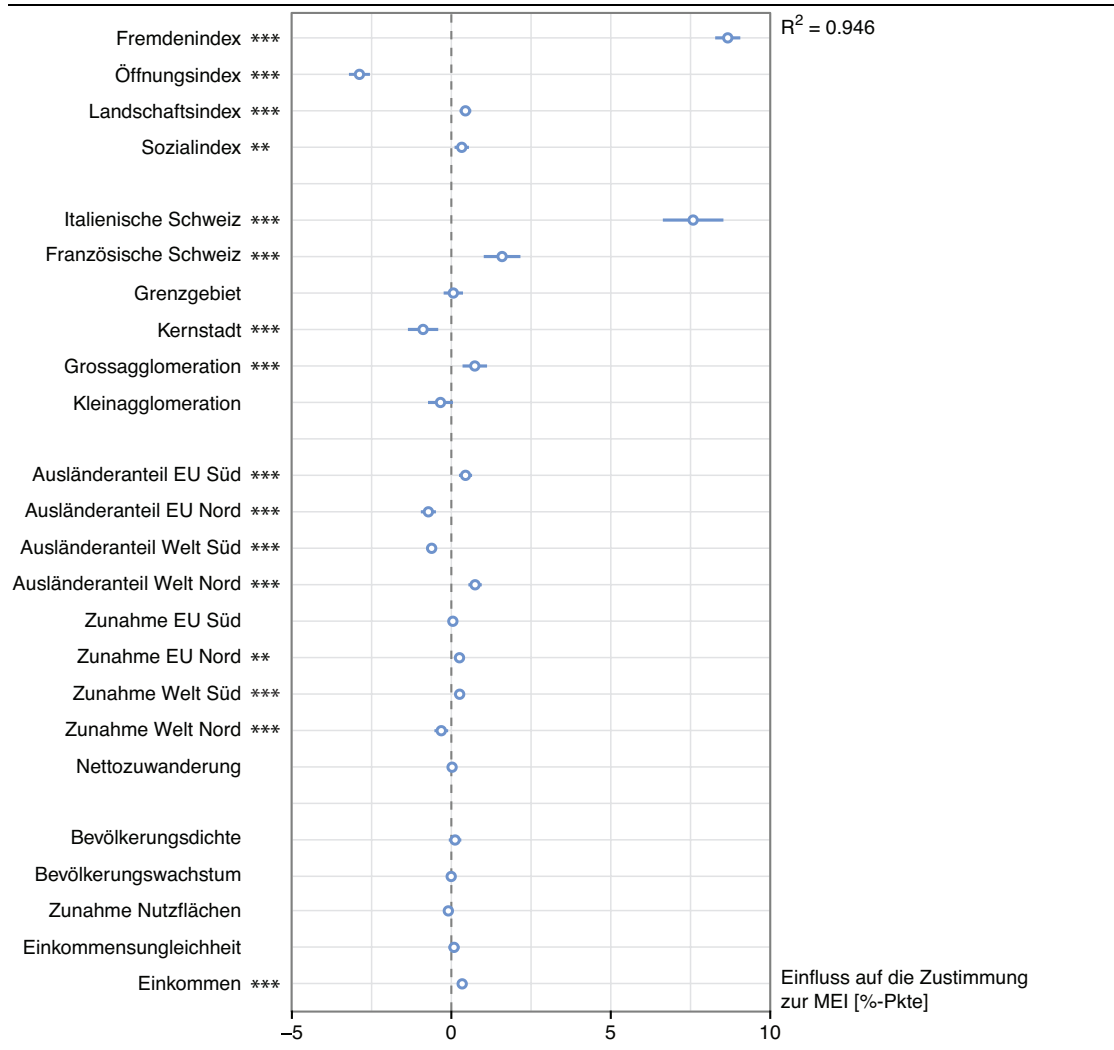
Wird auf die politische Grundhaltung als erklärender Faktor verzichtet, dann zeigt das Regressionsmodell, welche rein nicht-politischen Faktoren (z.B. Einkommen, Ausländeranteil) die Zustimmung zur MEI erklären. Dies ist durchaus aufschlussreich, schliesslich soll das Politische nicht primär mit politischen Variablen erklärt werden. Entscheidend ist allerdings, dass die MEI-Zustimmung zu 95 Prozent mit der Zustimmung zur Ausschaffungsinitiative und zu 93 Prozent mit der Minarett-Initiative übereinstimmt. D. h. die Variablen, welche die Zustimmung zur MEI erklären, erklären fast genau so gut die Zustimmung zu den beiden anderen Initiativen. Das Modell ist somit keines, das die Haltung gegenüber der konkreten Regelung der Zuwanderung erklärt. Es erklärt vielmehr die Haltung gegenüber dem Fremden.

Im Folgenden werden beide Regressionsmodelle vorgestellt. Im Zentrum steht das Modell, das die politische Grundhaltung einbezieht. Nur mit diesem Modell lässt sich zeigen, welche externen Faktoren, über die ohnehin bestehende Grundhaltung gegenüber Fremden hinaus, die Zustimmung zur MEI beeinflusst haben.

Integrales Regressionsmodell: Einflussfaktoren der MEI-Zustimmung

Das integrale Regressionsmodell enthält 16 Variablen mit einem statistisch signifikanten Einfluss auf die Zustimmung zur MEI. Es erklärt 94,6 Prozent der Varianz der Zustimmung. In Abbildung 11 sind die Variablen des Modells dargestellt. Die Entfernung von der gestrichelten Linie entspricht ihrem Einfluss auf die Zustimmung zur MEI. Punkte links der gestrichelten Linie verweisen auf eine negative Wirkung auf die Zustimmung, Punkte rechts davon auf eine positive. Die horizontale Linie, welche die blauen Punkte schneidet, gibt den Vertrauensbereich an. Der wahre Wert liegt zu 95 Prozent im von der Linie abgedeckten Bereich.

Abbildung 11: Integrales Regressionsmodell, Signifikanz und Einfluss der erklärenden Variablen



Quelle: Bundesamt für Statistik. Modell und Darstellung: sotomo/UZH

Der Grafik kann entnommen werden, dass der Ja-Stimmenanteil zur MEI in den italienischsprachigen Gemeinden im Vergleich zu vergleichbaren Gemeinden in den anderen Sprachregionen um etwa 7,5 Prozentpunkte höher lag. Bei Variablen, die auf metrischen Messwerten beruhen (z.B. Ausländeranteil, Einkommen), bezieht sich der dargestellte Einfluss jeweils auf die Standardabweichung der jeweiligen Variablen, so dass die Stärke des Einflusses vergleichbar ist. Die Sterne in der Grafik stehen für das erreichte Signifikanzniveau. Sie geben an, mit welcher Wahrscheinlichkeit der gemessene Zusammenhang real und kein Zufallsergebnis ist (* 95%, ** 99%, *** 99,9%).

Einfluss der Wertorientierung

Die Regressionsanalyse bestätigt den starken Einfluss der politischen Grundhaltung auf die Zustimmung zur MEI. Operationalisiert wurde die politische Grundhaltung durch vier Indizes, die jeweils aus einer Reihe von Referenzabstimmungen gebildet wurden. Als Referenzabstimmung wurden nur solche Vorlagen genommen, die keinen direkten Bezug zur Regulierung der Zuwanderung haben.

- **Fremdenindex** steht für Skepsis gegenüber Fremden und Fremdem. Referenzabstimmungen: Ausschaffungsinitiative (2010), Minarett-Initiative (2009), gegen erleichterte Einbürgerung (2004).
- **Öffnungsindex** steht für eine aussenpolitisch offene Haltung. Referenzabstimmungen: Ost-Hilfe (2006), Uno-Beitritt (2002).
- **Sozialindex** steht für sozialen Ausgleich. Referenzabstimmungen: 1:12-Initiative (2013), Ferien-Initiative (2012), gegen Unternehmenssteuerreform (2008).
- **Landschaftsindex** steht für Natur- und Kulturlandschutz. Referenzabstimmungen: Zweitwohnungsinitiative (2012), Raumplanungsgesetz (2013), gegen Abschaffung Verbandsbeschwerderecht (2008).

Erwartungsgemäss hat der Fremdenindex den stärksten Einfluss auf die Zustimmung zur MEI. Je skeptischer die Grundhaltung gegenüber Fremden, desto höher die Zustimmung zur MEI. Die Zunahme des Indexes um 12 Prozentpunkte (=Standardabweichung) erhöht die Zustimmung zur MEI um 8,7 Prozentpunkte. Dieser Effekt wird verstärkt durch den «Öffnungsindex», der eine dämpfende Wirkung auf die Zustimmung zur MEI hat. Erhöht sich der Öffnungsindex um 9,5 Punkte (=Standardabweichung) sinkt die Zustimmung zur MEI um knapp 3 Punkte.

Einen leicht positiven Einfluss auf die Zustimmung hat der Landschaftsindex. Das heisst, je höher Landschaftsschutz gewichtet wird, desto höher ist die Zustimmung zur MEI. Die Zunahme des Landschaftsindex um 8 Punkte (=Standardabweichung) erhöht die Zustimmung zur MEI um 0,5 Punkte. Es ist ein relativ schwacher, aber hochsignifikanter Zusammenhang. Unabhängig von der konkreten Betroffenheit waren Gemeinden mit einer stärkeren Sensibilisierung für den Schutz der Landschaft eher empfänglich für die MEI und das damit verbundene Anliegen der Dämpfung des Bevölkerungswachstums. Nur knapp signifikant und entsprechend schwach ist der Einfluss des Sozialindex. Die Debatte zu Lohndumping, Verdrängung und steigenden Mieten hat nicht (oder nur marginal) zu einer erhöhten Migrationsskepsis in Gemeinden mit einer sozialen Orientierung geführt.

Bevölkerungswachstum und Landverlust ohne Einfluss

Siedlungsdruck, Kulturlandverlust, Platzmangel und «Dichtestress» waren wichtige Themen im Vorfeld der MEI-Abstimmung. Die Ja-Stimmenanteile in den Gemeinden zur MEI bilden eine hervorragende Datenbasis zur Ermittlung der Frage, ob diese Faktoren tatsächlich einen Einfluss auf das Stimmverhalten haben. Anders als bei Umfragen kann bei dieser Art der Analyse der räumliche Kontext systematisch und flächendeckend mitberücksichtigt werden. Die konkrete Fragestellung lautet: Haben sich Unterschiede in der Wachstumsdynamik der Gemeinden auf die dortige Zustimmung zur MEI ausgewirkt? Der klare Befund ist: die relevanten Wachstumsindikatoren haben keinerlei kausalen Einfluss auf die Zustimmung zur MEI. Keinen Einfluss haben das Bevölkerungswachstum (2007-2012), die Bevölkerungsdichte, die Zunahme der Nutzfläche sowie die Nettozuwanderung. Eine erhöhte Betroffenheit von dem durch die Zuwanderung ausgelösten Wachstum führt nicht zu einer stärkeren Zustimmung zur MEI. Betroffenheit beschränkt sich nicht auf die eigene

Gemeinde, sie ist dort jedoch am grössten. Wenn Betroffenheit ein Faktor wäre, würde sich die Dynamik am Wohnort auf das dortige Stimmverhalten auswirken.

Weder Dichte noch eine Zunahme an Dichte haben einen Einfluss auf die Einstellung zur «Masseneinwanderung». «Dichtestress» ist ein subjektives Phänomen. Subjektiv bedeutet, dass Werthaltungen darüber entscheiden, wer sich von Dichte gestresst fühlt und wer nicht. Entsprechend entfaltete die direkte Betroffenheit keine Wirkung, die Einstellung zum Landschaftsschutz hingegen schon. Wie oben gezeigt, haben Gemeinden mit hohem Landschaftsschutzindex vermehrt Ja zur MEI gesagt.

Die objektive Wachstumsdynamik hat keinen direkten, womöglich aber einen indirekten Einfluss. Die Skepsis gegenüber dem Freizügigkeitsabkommen hat seit der Abstimmung zur Personenfreizügigkeit von 2009 zugenommen. Sie hat zugenommen in einer Phase, die durch hohe Zuwanderungszahlen charakterisiert war. Die gestiegene Skepsis steht also durchaus mit objektiven Ereignissen in Zusammenhang, sie ist jedoch unabhängig von der lokalen Betroffenheit. Dieser Gegensatz legt den Schluss nahe, dass die Zuwanderung ihre Wirkung als abstraktes und nicht als konkretes Phänomen entfaltet. Entscheidend ist nicht, was vor der eigenen Haustüre passiert, entscheidend sind die im Raum stehenden Zuwanderungszahlen und Wachstumsraten, die Vorstellungen einer «zubetonierten» Schweiz evozieren. Wesentlich bedeutsamer als die Furcht vor einer «zubetonierten» Schweiz ist allerdings die Furcht einer «überfremdeten» Schweiz. Der Einfluss des Landschaftsindex ist 20 Mal kleiner als der Einfluss des Fremdenindex. Die Fremdenthematik stellt die Dichtethematik klar in den Schatten.

Ansässige und neuzugewanderte Ausländer/innen

Die von der Zuwanderung ausgelöste Wachstumsdynamik hat keinen Einfluss auf das Zustimmungsniveau zur MEI in den Gemeinden. Eine messbare Wirkung haben dagegen der Anteil der ausländischen Bevölkerung und die Veränderung dieses Anteils. Ein höherer Anteil Ausländer/innen hat insgesamt eine leicht dämpfende Wirkung auf die Zustimmung zur MEI. Ein um 10,5 Prozentpunkte höherer Anteil senkt die MEI-Zustimmung um 0,5 Prozent. Es ist ein hochsignifikanter und zugleich schwacher Zusammenhang. Offenbar führt der Kontakt mit ausländischen Personen tendenziell dazu, dass der Bruch mit der Personenfreizügigkeit unter sonst konstanten Bedingungen etwas stärker gescheut wird.

Im Regressionsmodell von Abbildung 11 ist nicht der Effekt der Ausländeranteil insgesamt dargestellt. Vielmehr sind die ausländischen Personen nach Herkunftsgruppen aufgeteilt. Die Aufteilung macht deutlich, dass der Effekt nicht einheitlich auftritt. In der folgenden Auflistung ist der gesamthafte und der nach Herkunftsregion aufgeteilte Effekt dargestellt. Sie zeigt, um wie viel Prozentpunkte sich die Zustimmung zur MEI verändert, wenn der Anteil der Ausländer/innen aus der entsprechenden Herkunftsregion um eine Standardabweichung grösser ist. In Klammern ist die jeweilige Standardabweichung in Prozentpunkten aufgeführt.

Effekt des Anteils an der Bevölkerung:

• Ausländer/innen insgesamt:	-0,5 ***	(10,5)
• Welt Süd – u.a. West-Balkan, Türkei, Afrika:	-0,6 ***	(5,0)
• EU Nord – u.a. Deutschland, Frankreich, UK:	-0,7 ***	(3,7)
• EU Süd – u.a. Italien, Spanien, Portugal:	+0,4 ***	(5,4)
• Welt Nord – u.a. USA, Japan, Australien:	+0,7 ***	(1,1)

Den am stärksten dämpfenden Effekt zeigt die Herkunftsgruppe «EU Nord». Ein um 3,7 Prozentpunkte höherer Anteil an der Bevölkerung senkt die MEI-Zustimmung um 0,7 Prozentpunkte. Das Gegenstück bildet die zahlenmässig kleinste Gruppe «Welt Nord». Es sind dies die ausländischen Personen aus nördlichen (bzw. reichen) Nicht-EU-Ländern. Eine mögliche Erklärung für den Gegensatz zwischen «EU Nord» und «Welt Nord» ist, dass zu letzteren viele Expats gehören, die sich in einem internationalen Bezugssystem bewegen und entsprechend weniger Kontakte mit den Ansässigen pflegen.

Leicht positiv wirkt sich die Zunahme der Ausländeranteile auf die Zustimmung zur MEI aus. Liegt die Zunahme des Ausländeranteils 1,6 Prozentpunkte über dem Durchschnitt führt dies zu einer um 0,2 Prozentpunkte höheren MEI-Zustimmung. Das durchschnittliche Wachstum des Ausländeranteils zwischen 2007 und 2012 lag bei 2 Prozentpunkten.

Effekt der Zunahme des Anteils an der Bevölkerung von 2007 bis 2012:

• Ausländer/innen insgesamt:	+0,2 **	(1,6)
• Welt Süd – u.a. West-Balkan, Türkei, Afrika:	+0,3 ***	(1,0)
• EU Nord – u.a. Deutschland, Frankreich, UK:	+0,3 **	(1,0)
• EU Süd – u.a. Italien, Spanien, Portugal:	0,0	(0,9)
• Welt Nord – u.a. USA, Japan, Australien:	-0,3 ***	(0,4)

Die Effekte nach Ländergruppen sind schwach und uneinheitlich. Auch hier wirken Personen der Gruppe «EU Nord» und «Welt Nord» in unterschiedliche Richtung, jedoch mit umgekehrten Vorzeichen. Ein rasches Wachstum des Ausländeranteils hat Auswirkungen. Im Vergleich zur politischen Grundhaltung gegenüber dem Fremden fällt der Effekt der Betroffenheit nicht ins Gewicht. Der Einfluss des Fremdenindex ist 50 Mal so stark wie der Einfluss der Zunahme des Ausländeranteils. Dies zeigt, dass nicht nur in Bezug auf die Wachstumsdynamik, sondern auch bei der Frage der «Überfremdung» die Grundwerte und nicht die Betroffenheit entscheidend sind.

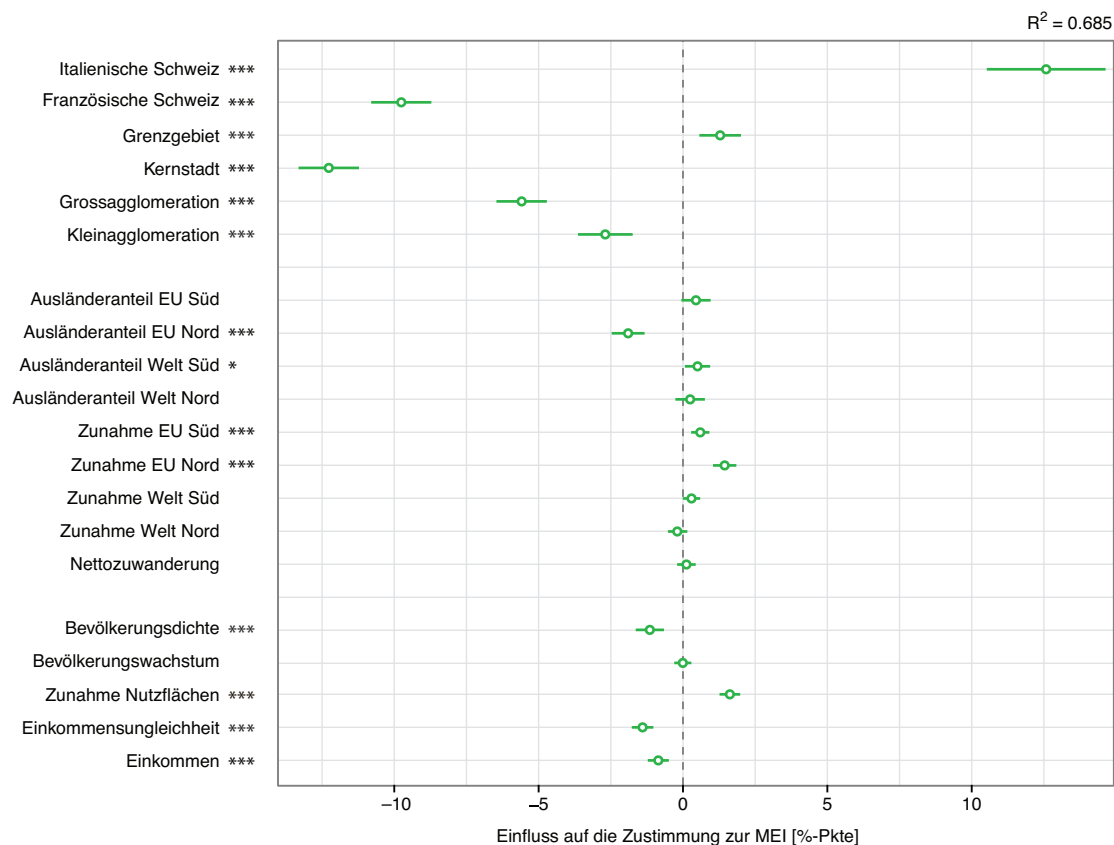
Die weiteren Variablen des Modells wie der Stadt-Land-Gegensatz oder das Einkommen werden in Kapitel 5 behandelt.

Regressionsmodell ohne Grundhaltungsvariablen

Wie zu Beginn des Kapitels dargelegt, ändert sich der Aussagegehalt des Regressionsmodells, wenn die Variablen zur politischen Grundhaltung weggelassen werden. Ohne die

Grundhaltungsvariablen werden die Unterschiede in der Zustimmung nur mit nicht-politischen Faktoren erklärt. Da die Zustimmung zur MEI bis zu 95 Prozent mit anderen Vorlagen im Spannungsfeld von nationalkonservativ und progressiv korrespondiert, erklärt dieses Modell nicht spezifisch den MEI-Entscheid, sondern fast ebenso gut die Zustimmung zur Minarett- oder der Ausschaffungsinitiative. Es ist ein generisches Modell für die Haltung gegenüber Fremden.

Abbildung 12: Regressionsmodell ohne Grundhaltung, Signifikanz und Einfluss der erklärenden Variablen



Quelle: Bundesamt für Statistik. Modell und Darstellung: sotomo/UZH

Der Unterschied dieses Modelles zum integralen lässt sich anhand der Variable «Grossagglomerationen» illustrieren. Beim integralen Modell zeigten die Gemeinden dieses Siedlungstyps eine leicht überdurchschnittliche Zustimmung zur MEI. Im reduzierten Regressionsmodell ist die Zustimmung dagegen klar unterdurchschnittlich (vgl. Abbildung 12). Letzteres bringt zum Ausdruck, dass im Vergleich zu den anderen Siedlungstypen die Zustimmung zur MEI in den Grossagglomerationen unterdurchschnittlich war. Ersteres zeigt, dass gemessen an der dort herrschenden (eher progressiven) Grundhaltung die Zustimmung überdurchschnittlich war. Für die Frage, welche Regionen in der Schweiz mehr oder weniger auf Abgrenzung setzen, gibt das reduzierte Modell die richtige Antwort. Für die Frage, welche Regionen bei der MEI nicht einfach gemäss Konservativ-Progressiv-Schema gestimmt haben, ist das integrale Modell das richtige.

Die Werte in Abbildung 12 zeigen, welche Faktoren die Zustimmung zur MEI und zu anderen nationalkonservativen Volksinitiativen begünstigen oder hemmen. So hat etwa die Bevölkerungsdichte eine dämpfende Wirkung. Gemeinden mit einem starken Kultur- und

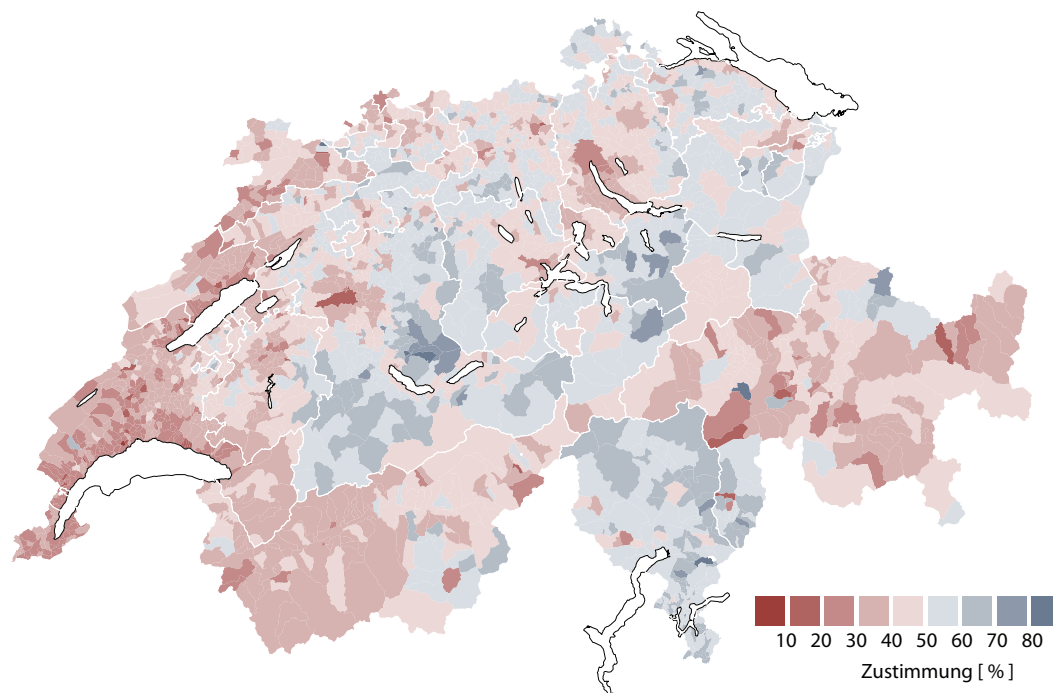
Naturlandverlust stimmen dagegen eher für solche Initiativen. Das zeigt, dass das Wachstum des Siedlungsraums durchaus einen Einfluss auf das Stimmverhalten hat. Dieser Einfluss fördert aber nicht die spezifische Skepsis gegen «Masseneinwanderung», sondern fördert generell die Verbreitung nationalkonservativer Werte, die sich auch bei der SVP-Familieninitiative oder der Minarett-Vorlage manifestieren.

Die Effekte des Anteils und der Zunahme der ausländischen Bevölkerung sind in diesem Modell etwas akzentuierter. Dies deutet darauf hin, dass sich diese Faktoren auf die spezifische Frage der «Masseneinwanderung» weniger auswirken als auf die politische Grundhaltung. Ein höherer Anteil Ausländer/innen führt zu eher progressiveren Positionen, ein schnelleres Wachstum dagegen eher zu konservativeren.

5 Regionale Unterschiede und Trends

Nach der statistischen Kausalanalyse soll nun nochmals eine deskriptive Sicht eingenommen werden. Dabei werden die Ergebnisse der Regressionsanalyse in einen räumlichen und historischen Kontext gestellt. Diese raumzeitliche Kontextualisierung ist möglich weil die Abstimmungsdaten erstens in feiner räumlicher Auflösung vorliegen (vgl. Abbildung 13) und zweitens eine Vielzahl von Vergleichsabstimmungen das Aufzeigen langfristiger Trends ermöglicht.

Abbildung 13: Zustimmung zur MEI nach Gemeinden

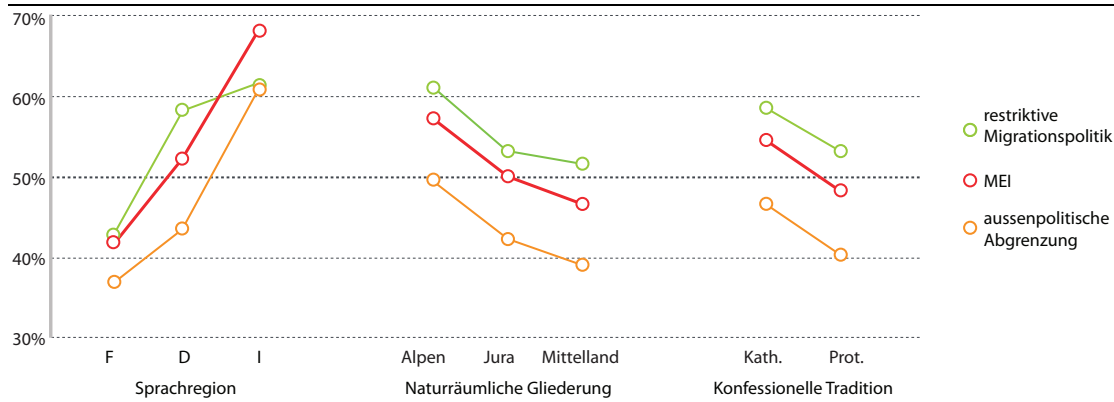


Quelle: Bundesamt für Statistik. Darstellung: sotomo/UZH

Überblick

Abbildung 14 zeigt die Unterschiede in der Zustimmung zur MEI in den Regionen der Schweiz. Als Referenzgrösse sind neben dem MEI-Resultat die durchschnittliche Zustimmung zu den Themen «restriktive Migrationspolitik» und «ausserpolitische Abgrenzung» dargestellt. Der **konfessionelle Gegensatz** zwischen Reformierten und Katholiken, der im 19. Jahrhundert die politische Landschaft dominierte, spiegelt sich bis heute im Abstimmungsverhalten. Die Zustimmung zur MEI in den traditionell katholischen Regionen war um 6 Prozentpunkte höher als in den traditionell reformierten. Dies entspricht den Werten wie sie sich generell bei migrations- und ausserpolitischen Themen zeigen. Dennoch hat der Unterschied nur indirekt mit der Konfession zu tun. Nicht die Konfession ist entscheidend, sondern der Urbanisierungsgrad, der in traditionell katholischen Regionen geringer ist.

Abbildung 14: Zustimmung zur MEI und Vergleichsthemen nach Regionen

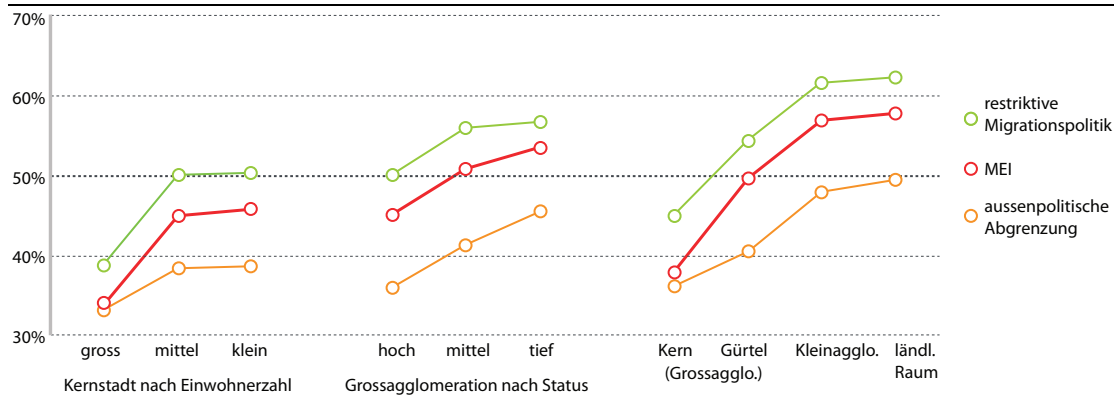


Quelle: Bundesamt für Statistik. Darstellung: sotomo/UZH. Referenzabstimmungen: 2004 bis 2013

Zustimmungsunterschiede in **Mittelland**, **Jura** und **Alpen** gehen ebenfalls primär auf Unterschiede im Urbanitätsgrad zurück. Auffällig ist: im Vergleich zu anderen migrationspolitischen Vorlagen war die Zustimmung im Mittelland zur MEI eher unterdurchschnittlich (vgl. Abstand zwischen grüner und roter Linie). Die MEI-Zustimmungsunterschiede zwischen den drei naturräumlichen Regionen entsprechen den Relationen wie sie für ausserpolitische Vorlagen typisch sind. Dasselbe gilt für die **Sprachregionen**. Der Verlauf der roten MEI-Linie entspricht dem Verlauf der orangen Linie (= ausserpolitische Abgrenzung), wenn auch auf höherem Niveau. Die grüne Linie der restriktiven Migrationspolitik zeigt dagegen einen anderen Verlauf. So ist die Zustimmung zu restriktiven migrationspolitischen Vorlagen in der Deutschschweiz im Schnitt grösser als es die Zustimmung zur MEI war. Demgegenüber erhalten diese Vorlagen in der italienischen Schweiz ansonsten weniger Zustimmung.

Im Vergleich der Hauptregionen entsprach die MEI einer typischen ausserpolitischen Abstimmungsvorlage. Gemäss Regressionsmodell glichen die Zustimmungsmuster zur MEI insgesamt eher den migrationspolitischen Referenzabstimmungen als den ausserpolitischen. Der Grund liegt in den Unterschieden innerhalb der Hauptregionen. Die Auswertung nach Raumtypen zeigt, dass sich die MEI insbesondere im Spannungsfeld zwischen Stadt und Land nicht wie eine ausser- sondern wie eine migrationspolitische Vorlage verhielt. In Abbildung 15 sind eine Reihe wichtiger Raumtypen dargestellt. Ganz rechts sind es vier Siedlungstypen, die den Stadt-Land-Gegensatz repräsentieren. Von den Kernen der grossen Agglomerationen über deren Gürtel zu den Kleinagglomerationen und dem ländlichen Raum. Die rote Linie der MEI-Zustimmung zeigt dabei dieselbe akzentuierte Stadt-Land-Polarisierung wie sie sonst für migrationspolitische typisch ist. Wie die orangefarbene Linie deutlich macht, ist die **Stadt-Land-Polarisierung** bei ausserpolitischen Vorlagen normalerweise viel schwächer ausgeprägt.

Abbildung 15: Zustimmung zur MEI nach Raumtypen



Quelle: Bundesamt für Statistik. Darstellung: sotomo/UZH. Referenzabstimmungen: 2004 bis 2013

Auffällig ist die im Vergleich zu den anderen Siedlungstypen ausgesprochen tiefe MEI-Zustimmung in den Kernstädten und dabei insbesondere in den grossen (vgl. Profillinien links in Abbildung 15). Der Gegensatz zwischen Kernstadt und Gürtelgemeinden ist in den grossen Agglomerationen sogar grösser als bei migrationspolitischen Vorlagen insgesamt. Der ausgeprägte Kern-Gürtel-Gegensatz ist ein besonderes Merkmal der MEI.

In der mittleren Darstellung in Abbildung 15 sind die Gemeinden der grossen Agglomerationen nach sozioökonomischem Status untergliedert. Diese Untergliederung zeigt, dass reiche, statushohe Gemeinden insgesamt öffenungsfreundlicher und weniger migrations-skeptisch sind als statustiefe Arbeitergemeinden. Auffällig ist, dass das **sozialräumliche Spannungsfeld** bei aussenpolitischen Vorlagen stärker ausgebildet ist als bei migrationspolitischen. Das Öffnungsprofil reicher Gemeinden zeigt sich vor allem in aussenpolitischen Fragen. Das Profil der MEI-Abstimmung nimmt eine Zwischenstellung ein.

Nach diesem synoptischen Überblick wird in den folgenden Abschnitten vertieft auf die wichtigsten regionalen Gegensätze und Raumtypen eingegangen.

Sprachregionale Gegensätze

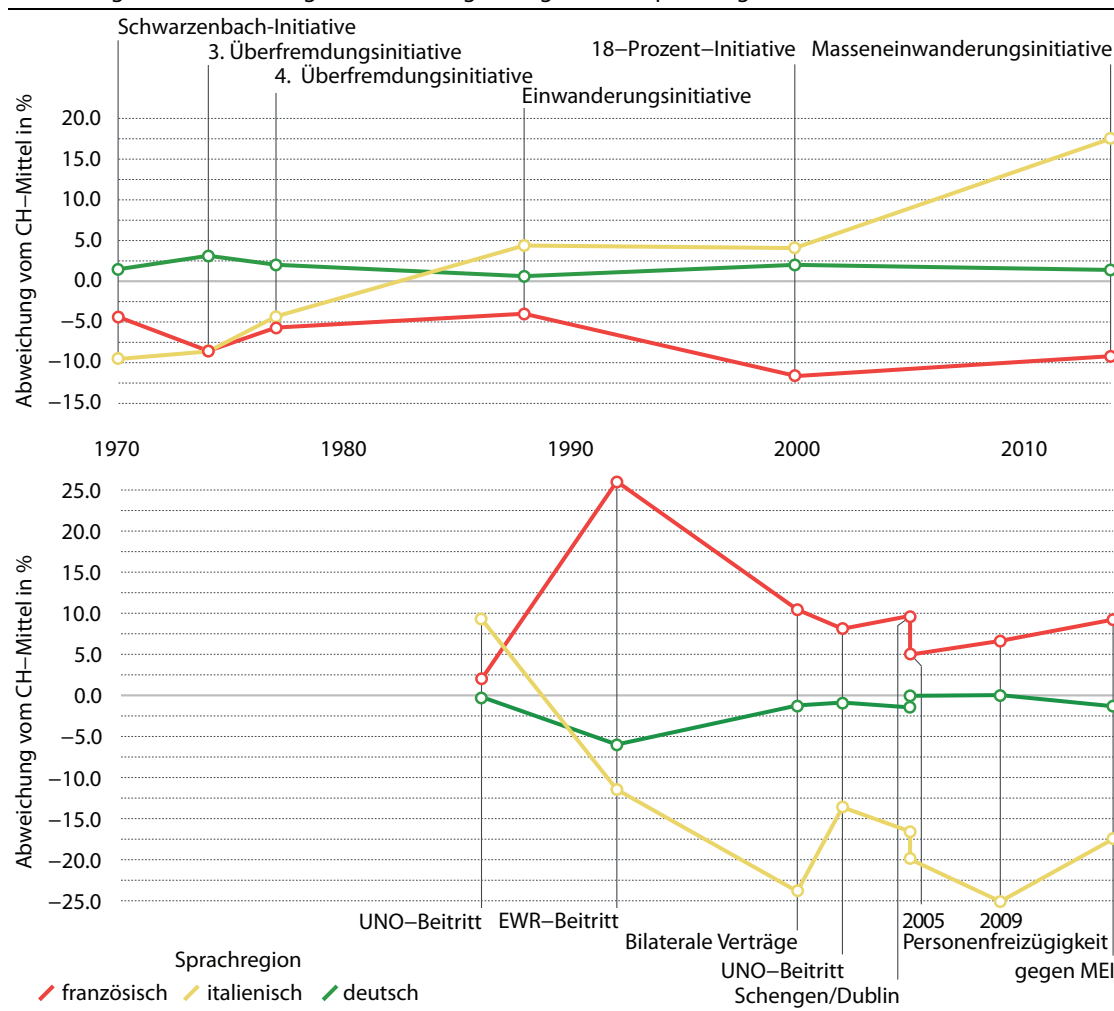
Politische Differenzen zwischen den Sprachregionen erhielten in der Schweiz stets besondere Beachtung. Nicht zuletzt weil sie im Gegensatz zu vielen anderen gesellschaftlichen Spannungsfeldern auf jeder Abstimmungskarte der Kantonsresultate noch am Abstimmungstag sichtbar werden. Aber auch weil sie anders als andere Spannungsfelder potenziell den Zusammenhalt des Landes bedrohen.

Migration und Aussenpolitik sind Themen, die stark mit sprachregionalen Gegensätzen verknüpft sind. Die EWR-Abstimmung von 1992 führte zu einem der tiefsten Gräben überhaupt zwischen der frankophonen und der deutschsprachigen Schweiz. In den vergangenen Jahren rückte jedoch der so genannte «Polentagraben» zwischen der italienischsprachigen Schweiz und den übrigen Landesteilen zunehmend in den Fokus, während der «Röstigraben» zwischen Deutschschweiz und Romandie etwas in den Hintergrund verschwand. Tatsächlich hat die **italienische Schweiz** einen bemerkenswerten Weg zurückgelegt. Das zeigt Abbildung 16. 1970 war sie die Sprachregion mit der tiefsten Zustimmung zur Schwarzenbach-Initiative. 1986 war die Zustimmung zum UNO-Beitritt grösser als in

der Deutschschweiz und der Romandie. Seither hat sich die Öffnungsfreundlichkeit ins Gegenteil verkehrt. Das Tessin gehört zusammen mit den italienischsprachigen Bündner Südtälern Misox und Calanca zu den Regionen mit der skeptischsten Haltung gegenüber Migration und ausserpolitischer Öffnung.

Der Einstellungswandel in der italienischen Schweiz ist kein Phänomen der jüngeren Vergangenheit. Bei der Einwanderungsinitiative von 1986 stimmte der italienischsprachige Landesteil erstmals mit dem höchsten Stimmenanteil für Zuwanderungsbeschränkungen (vgl. Abbildung 16). Bei der Abstimmung über die Bilateralen Verträge (2000) lag die Zustimmung 24 Prozentpunkte unter dem Gesamtschweizer Resultat. Noch etwas weiter öffnete sich der «Polentagraben» bei der PFZ-Abstimmung von 2009 (25 Punkte). Entgegen der Erwartung vieler Beobachter hat sich der Graben zur italienischsprachigen Südschweiz bei der MEI nicht nochmals vergrössert, sondern vielmehr auf 18 Prozentpunkte reduziert. Dies deutet allerdings weniger auf eine Entspannung im Tessin hin als auf eine Annäherung der restlichen Schweiz an den Südkanton.

Abbildung 16: Zuwanderungs- und Öffnungsvorlagen nach Sprachregionen



Quelle: Bundesamt für Statistik. Darstellung: sotomo/UZH

Es ist naheliegend, den schleichenden Wandel der italienischsprachigen Schweiz zur Hochburg der Öffnungsskepsis mit der exponierten Grenzlage Richtung Italien zu erklären.

Lohndruck und Grenzgänger/innen aus der Lombardei sind allgegenwärtige Themen. Der Einstellungswandel betrifft allerdings nicht nur Vorlagen, die mit der Grenzlage in Verbindung stehen. So stellte sich die italienische Schweiz 2002 deutlich gegen UNO-Beitritt, der in den anderen Sprachregionen angenommen wurde und von dem der Landesteil nicht speziell betroffen ist.

Die italienische Schweiz wurde von einem konservativen Wertewandel erfasst. Die exponierte Grenzlage hat zu diesem Wertewandel womöglich beigetragen, es kommen aber auch andere Gründe in Frage wie etwa der stete und starke Aderlass an Gutqualifizierten, unter dem der Südkanton leidet. So oder so ist die starke Skepsis gegenüber Zuwanderung und Personenfreizügigkeit mehr als bloss Ausdruck einer allgemeinen konservativen Grundhaltung. Dies lässt sich aus der Regressionsanalyse in Kapitel 4 ableiten. Die Zustimmung zur MEI war im italienischen Landesteil um 7,5 Prozentpunkte höher als gemäss politischem Profil und anderen Faktoren zu erwarten wäre (vgl. Abbildung 11). Das heisst, in der sehr hohen Zustimmung zur MEI kommt eine spezifische Abneigung gegen die Personenfreizügigkeit zum Ausdruck. Diese Abneigung bestand jedoch schon vor deren Einführung.

Wie Abbildung 16 zeigt war die Abneigung bereits bei der Abstimmung zu den Bilateralen Verträgen im Jahr 2000 voll entwickelt. Die negativen Auswirkungen des Freizügigkeitsabkommens wurden offensichtlich antizipiert. Es stellt sich damit die Frage, ob es tatsächlich die Personenfreizügigkeit und ihre Folgen sind, welche die Haltung der Stimmbevölkerung geprägt hat? Auch ohne PFZ war und ist das Tessin mit einer exponierten Grenzlage Richtung Italien, mit Lohndruck und Grenzgänger/innen konfrontiert.

Zusammenfassend ist der Spezialfall «italienische Schweiz» wie folgt charakterisiert

- Der Landesteil wurde in den letzten drei Jahrzehnten von einem allgemeinen konservativen Wertewandel erfasst.
- Darüber hinaus existiert eine spezifische Skepsis gegenüber der PFZ, welche die Kluft zu den anderen Landesteilen annähernd verdoppelt.
- Die PFZ-Skepsis war schon vor deren Einführung 2002/2007 voll entwickelt.

Die **französische Schweiz** ist der Landesteil der aussenpolitischen Öffnung. Das gehört seit der EWR-Abstimmung von 1992 zu den bekannten politgeographischen Fakten. Damals lag die Zustimmung in der Romandie 32 Prozentpunkte über der Zustimmung in der Deutschschweiz. Wie Abbildung 16 zeigt war dies ein Ausreisser. Nach 1992 wurde der «Röstigraben» bei Öffnungsfragen wieder kleiner bis zur PFZ-Abstimmung von 2005. Damals unterschied sich das Zustimmungsniveau der beiden grossen Sprachregionen bloss um 5 Prozentpunkte. Seither hat sich der Sprachgraben in der Tendenz wieder geöffnet: Bei der PFZ-Abstimmung 2009 waren es 8 Prozentpunkte Unterschied, bei der MEI schliesslich 12 Punkte. Wie dem Regressionsmodell (Abbildung 11) entnommen werden kann, sind dies noch immer 2,5 Punkte weniger als gemäss politischem Profil der französischen Schweiz zu erwarten wäre. Dieser scheinbare Widerspruch geht auf unterschiedliche Referenzpunkte zurück: Im Vergleich zu den PFZ-Abstimmungen von 2005 und 2009 hat sich der Abstand der Romandie zur öffnungsskeptischeren Deutschschweiz vergrössert. Im

Vergleich zu anderen Abstimmungen zur Fremdenthematik (z.B. Ausschaffungs- oder Minarett-Initiative) war der Abstand zur Deutschschweiz etwas kleiner.

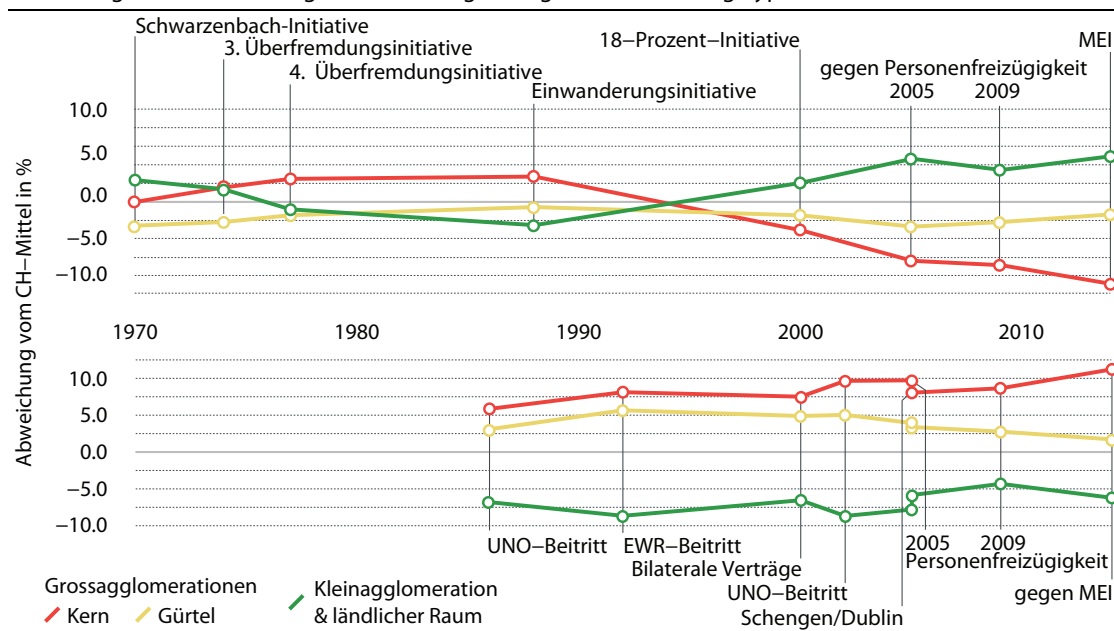
Einerlei welcher Referenzpunkt genommen wird, der von vielen Beobachtern erwartete Einstellungswandel in der Romandie hat nicht stattgefunden. Trotz starker Betroffenheit von Zuwanderung und intensivem Diskurs über Kriminalität, Grenzgänger/innen und steigende Mieten ist die französische Schweiz ihrer Öffnungsorientierung treu geblieben.

Stadt-Land-Gegensätze

Kosmopolitische Städte, konservatives Land – diese Zuschreibungen scheinen in Stein gemeisselt. Doch so klar sind die Verhältnisse nicht.

Abbildung 17 zeigt, haben sich die Haltungen zur Zuwanderung in Stadt und Land seit der Jahrhundertwende grundlegend gewandelt. Drei der vier ersten Initiativen zur Begrenzung der Zuwanderung fanden in den Kernstädten grosser Agglomerationen mehr Zustimmung als in deren Gürteln und mehr als in den übrigen Regionen des Landes. Die erste Zuwanderungsvorlage mit einem heute üblichen Stadt-Land-Gegensatz war die 18-Prozent-Initiative. Damals öffnete sich zwischen Stadt (Kerngemeinden der grossen Agglomerationen) und Land (Kleinagglomerationen & ländlicher Raum) ein Graben von 6,5 Prozentpunkten. Bis zur MEI erhöhte sich der Gegensatz auf 17,5 Punkte. Diese bemerkenswerte Dynamik kontrastiert mit ausgesprochenen konstanten Verhältnissen bei ausserpolitischen Vorlagen. Angefangen bei der Abstimmung zum UNO-Beitritt von 1986 bis zu den jüngsten Personenfreizügigkeitsvorlagen öffnete sich bei jeder ausserpolitischen Schlüsselvorlage ein markanter Stadt-Land-Graben zwischen 13 und 18 Prozentpunkten. Während die Konfliktlinien in der Aussenpolitik konstant geblieben sind, haben sich die Konfliktlinien bei der Zuwanderungsfrage verschoben.

Abbildung 17: Zuwanderungs- und Öffnungsvorlagen nach Siedlungstyp



Quelle: Bundesamt für Statistik. Darstellung: sotomo/UZH

Was ist passiert? Wie die statistischen Auswertungen in Kapitel 3 und 4 gezeigt haben, gehen die Zustimmungsunterschiede zur MEI fast vollständig auf politische Grundhaltungen zurück. Betroffenheit durch die Zuwanderung spielte fast keine Rolle. Dies war bei früheren Zuwanderungsvorlagen offensichtlich noch nicht so. Schon in den 1970er- und 1980er-Jahren war die städtische Bevölkerung eher progressiv und öffnungsorientiert. Bei der Frage der Zuwanderung führte jedoch die stärkere Betroffenheit zu eher migrations-skeptischen Positionen. Es ist die Erosion der Bedeutung der Betroffenheit, die im Verlauf der Kurven im oberen Diagramm von Abbildung 17 sichtbar wird. Die vergleichsweise stark von Zuwanderung betroffenen Städter haben ihr Stimmverhalten verändert, weil ihre öffnungsfreundliche politische Grundorientierung heute ausschlaggebend ist. Die weniger von Zuwanderung betroffenen Kleinstädte und Dörfer des ländlichen Raums haben ihre Position verändert, da ihre konservativere Grundorientierung heute ausschlaggebend ist.

Städtischer Raum ist aber nicht gleich städtischer Raum. Die Kerngemeinden der Agglomerationen unterscheiden sich in ihrem soziodemographischen und politischen Profil von den Gemeinden des Agglomerationsgürtels. Insbesondere die grossen Kernstädte haben fast ausnahmslos rotgrüne Regierungsmehrheiten, während die Gürtelgemeinden zumindest in der Deutschschweiz durchwegs bürgerlich geprägt sind. Dennoch wichen Kern- und Gürtelgemeinden bei Abstimmungen zur aussenpolitischen Öffnung lange Zeit nur geringfügig voneinander ab. Der Stadt-Land-Graben öffnet sich zwischen den grossen Agglomerationen und dem ländlichen Raum. Im Jahr 2000 lag die Zustimmung zu den Bilateralen Verträgen in den Gürtelgemeinden nur 2,5 Prozentpunkte unter der Zustimmung in den Kerngemeinden. Bei der ersten PFZ-Abstimmung 2005 vergrösserte sich die Distanz auf 4,5 Punkte. Bei der PFZ-Abstimmung 2009 lag sie bei 6 Prozentpunkten. Bei der MEI schliesslich bei 9,5 Punkten. Erstmals bei einer Abstimmung im Spannungsfeld von Öffnung und Abgrenzung war der Graben zwischen Kernstadt und Gürtel der Grossagglomerationen grösser als jener zwischen den Gürtelgemeinden und dem ländlichen Hinterland.

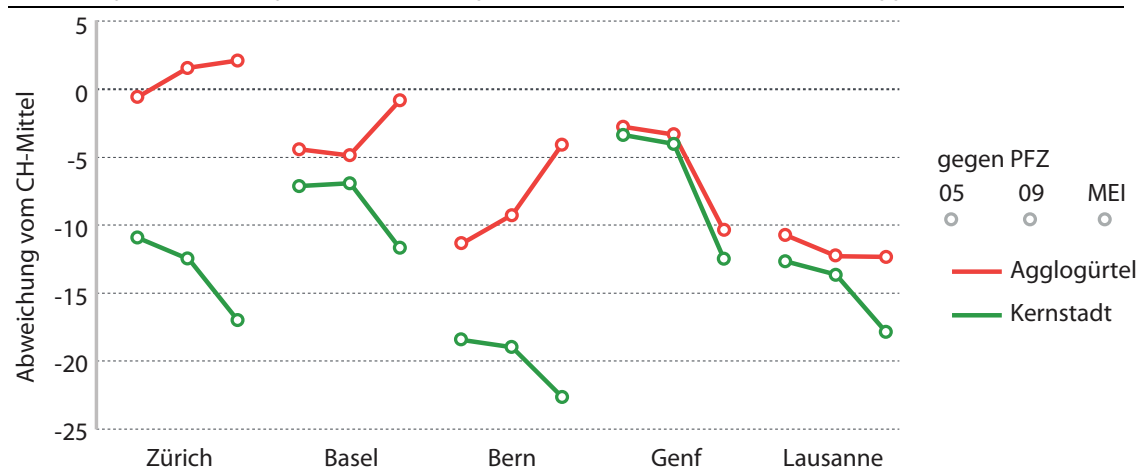
Die verstärkte Polarisierung zwischen Kernstadt und Agglomerationsgürtel bildet sich im Regressionsmodell ab (vgl. Abbildung 11). Der Graben zwischen den beiden Siedlungstypen war um 1,6 Prozentpunkte grösser als erwartet. Wenn jedoch die Linien in Abbildung 17 zum Massstab genommen werden, setzt das MEI-Resultat nur einen Trend fort, der seit 2000 die beiden Siedlungstypen auseinanderdriften lässt. Erst unter Bezugnahme zukünftiger Abstimmungen wird es möglich sein, eindeutig zu bestimmen, ob der akzentuierte Kern-Gürtel-Graben MEI-spezifisch war, oder bloss einen allgemeinen Trend zum Ausdruck brachte.

Bereits in den 1990er-Jahren kam es zu einer politischen Polarisierung zwischen Kernstädten und Agglomerationsgürteln. Diese verlief jedoch vor allem entlang der Links-rechts-Achse (Sicherheit, Sozialpolitik, Verkehrspolitik usw.). Mobilität und Selbstselektion sorgten dafür, dass in den Kernen zunehmend postmaterielle Werte dominierten, während sich im Umland das bürgerliche Profil akzentuierte. Trotz Polarisierung auf der Links-rechts-Achse, öffnete sich kein Graben bei aussenpolitischen Fragen und bei der Zuwanderungsthematik. Erst um die Jahrhundertwende kam es einer Trendwende: Die Links-rechts-

Polarisierung stabilisierte sich, dafür entwickelte sich eine Polarisierung auf der Öffnungsachse.

Gründe für diese Trendwende finden sich in Kern und Umland. In den Kernstädten sorgte die durch Reurbanisierung ausgelöste Gentrifizierung für einen Wandel der Bevölkerungsstruktur. Es sind zunehmend bessergebildete, besserverdienende und zugleich kosmopolitisch orientierte Menschen, welche die Kernstädte bevölkern. Kernstädte sind in erster Linie für Menschen attraktiv, die Dichte und Multikulturalität suchen. Durch Reurbanisierung und Bevölkerungswachstum werden diese Merkmale seit einigen Jahren vermehrt in die Agglomerationsgürtel getragen. Dorthin, wo Menschen leben, deren Wohnideal nicht immer ein urbanes ist. Anders als im Kern leben im Gürtel der grossen Agglomerationen viele Menschen, die ein eher ländliches Wohnumfeld mit Zentrumsnähe verbinden wollen. Ob als Folge dieser Dynamik oder nicht: Seit 2000 hat im Umland der grossen Agglomerationen ein Mentalitätswandel eingesetzt. Das eher liberale Bürgertum, welches hier lange prägend war, hat ein Teil seines Öffnungsprofils eingebüsst. Ehemals freisinnig-liberale Hochburgen sind erodiert und zunehmend ins Einflussgebiet der SVP gekommen. Eine defensivere und konservativere Weltsicht hat Einzug gehalten.

Abbildung 18: Ablehnung PFZ / Zustimmung MEI nach Kern und Gürtel von fünf Agglomerationen.



Quelle: Bundesamt für Statistik. Darstellung: sotomo/UZH

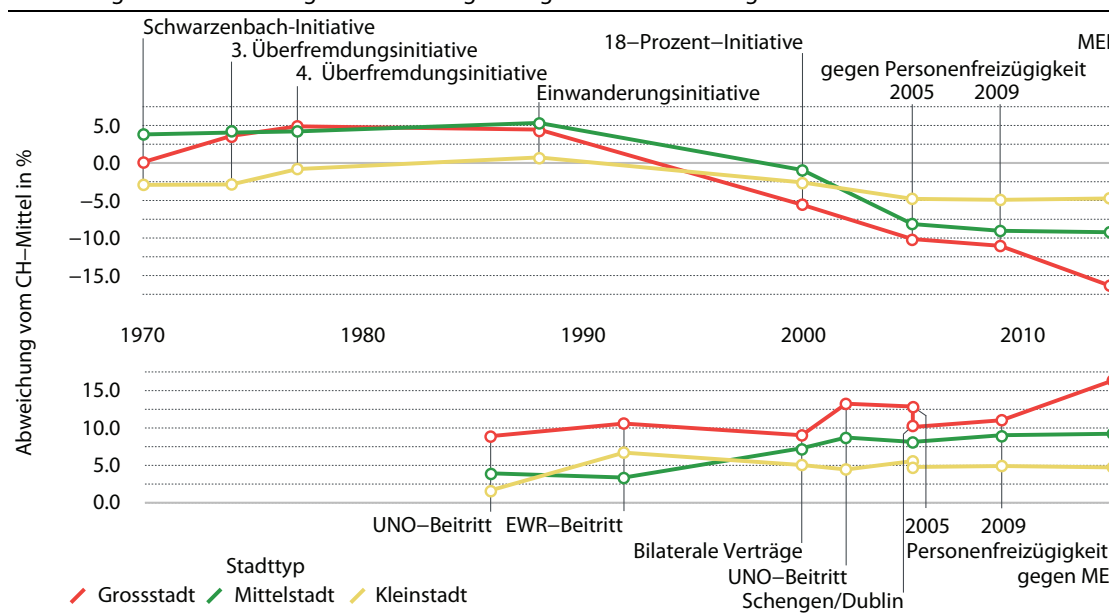
Der stark ausgeprägte Kern-Gürtel-Gegensatz bei der MEI ist die Fortsetzung eines Trends, der lange vor der Einführung der Personenfreizügigkeit einsetzte. Mit der Zuwanderungsdebatte der letzten Jahre haben sich allerdings die gegensätzlichen Vorstellungen von Verdichtung, Urbanität und Internationalisierung in Kern und Gürtel der Agglomeration sehr wohl akzentuiert.

Dies alles gilt jedoch nur für die Deutschschweiz. In Abbildung 18 sind die Kernstädte und Agglomerationsgürtel der fünf grössten Ballungsräume der Schweiz dargestellt. In Zürich, Basel und Bern öffnen sich markante Gräben zwischen dem inneren und äusseren Teil der Agglomeration. Nicht so in den beiden grossen Agglomerationen der frankophonen Schweiz. In Genf bewegen sich die beiden Teile in perfekter Harmonie und in Lausanne öffnet sich nur ein schmaler Graben.

Kernstädte im Fokus

Kernstädte haben ihre Öffnungsorientierung in den vergangenen Jahren verstärkt. Wie Abbildung 19 zeigt, gilt dies nicht für alle Städte gleichermassen. Nur wenig Bewegung zeigen die kleineren Kernstädte (<20'000 Einwohner). Die mittelgrossen Städte (20 bis 50'000 Einwohner) haben sich vor allem bei ausserpolitischen Fragen gewandelt, während die Grossstädte bei der Zuwanderungsfrage einen beeindruckenden Weg zurückgelegt haben.

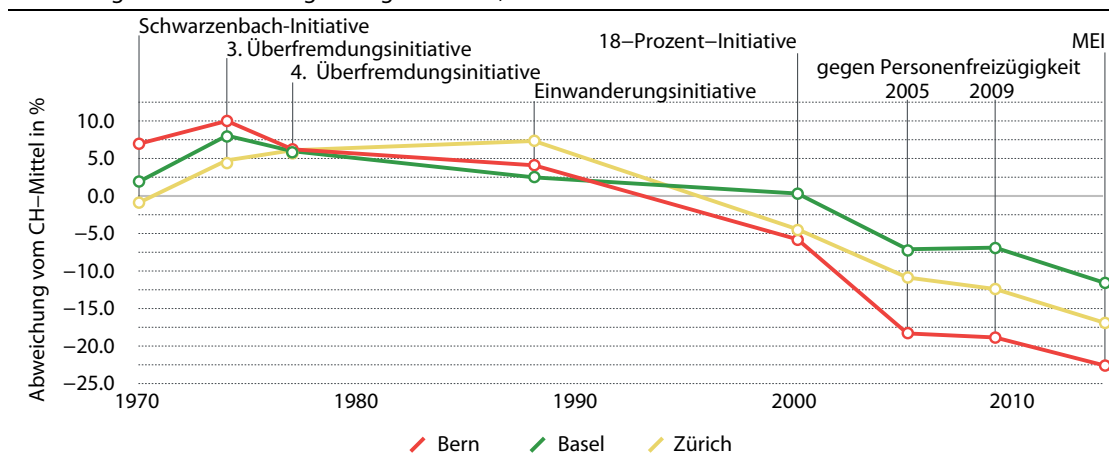
Abbildung 19: Zuwanderungs- und Öffnungsvorlagen nach Kernstadtgrösse.



Quelle: Bundesamt für Statistik. Darstellung: sotomo/UZH

Die drei Deutschschweizer Grossstädte Zürich, Basel und Bern haben ihre Haltung zur Zuwanderung grundlegend verändert. Abbildung 20 zeigt die Nuancen dieser Entwicklung. Den weitesten Weg hat die Stadt Bern zurückgelegt. In den 1970er-Jahren war Bern die Grossstadt mit den meisten Sympathien für eine Zuwanderungsbegrenzung. Heute bilden die Stadtberner Stimmberechtigten die öffnungsorientierte Speerspitze der Schweiz.

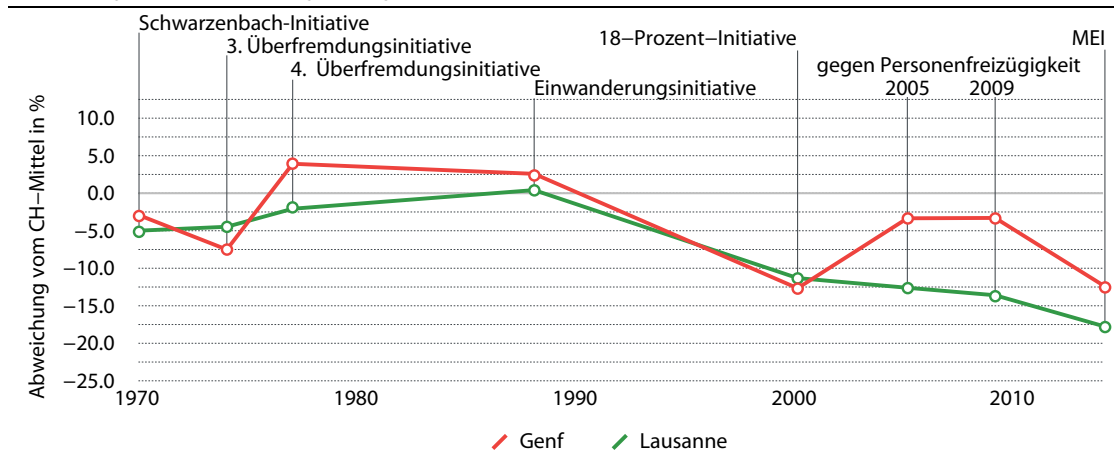
Abbildung 20: Zuwanderungsvorlagen. Zürich, Basel und Bern.



Quelle: Bundesamt für Statistik. Darstellung: sotomo/UZH

Basel-Stadt gilt unter den Kantonen der Deutschschweiz als besonders öfnungsfreundlich. Basel-Stadt ist zugleich der einzige (Halb-)Kanton, der nur aus kernstädtischem Siedlungsraum besteht. Der Kantonsvergleich ist deshalb nicht sonderlich aufschlussreich. Im Vergleich zu den anderen beiden grossen Deutschschweizer Städten Zürich und Bern hat Basel das am wenigsten migrations- und öfnungsfreundliche Profil. Die starke linksliberale Neuorientierung Berns und Zürichs ab Beginn der 1990er-Jahre hat Basel nur teilweise mitgemacht. Seit der PFZ-Abstimmung 2009 bewegt sich die Stadt in der Nordwestschweiz wieder im Gleichtakt mit den beiden anderen. Alle drei haben ihr migrationsfreundliches Profil im Vergleich zur Gesamtschweiz bei der MEI stark ausgebaut.

Abbildung 21: Zuwanderungsvorlagen. Genf und Lausanne.

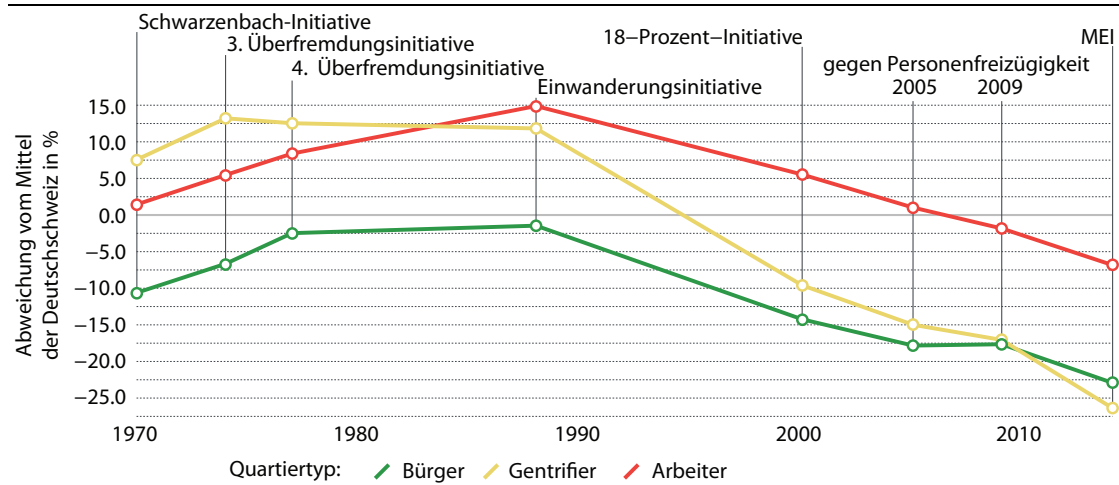


Quelle: Bundesamt für Statistik. Darstellung: sotomo/UZH

In der französischsprachigen Schweiz stimmt Lausanne migrations- und öfnungsfreundlicher als Genf. Das Zustimmungsniveau entspricht jenem der Stadt Zürich. Genf zeigt sich demgegenüber deutlich skeptischer bezüglich Personenfreizügigkeit. Insbesondere bei den beiden PFZ-Abstimmungen von 2005 und 2009 fiel das internationale Genf durch vergleichsweise hohe Nein-Stimmenanteile auf. Bei der MEI hat sich das Genfer Profil allerdings deutlich den anderen Grossstädten angeglichen.

Die politische Dynamik der Kernstädte ist wesentlich durch den Wandel ihrer Bevölkerungsstruktur bestimmt. Es ist ein Wandel, der sich besonders eindrücklich in den traditionellen innerstädtischen Arbeiterquartieren zeigt. Deindustrialisierung und Reurbanisierung haben deren Charakter, nicht nur in der Schweiz, verändert. In Quartieren wie dem Zürcher Sihlfeld, die einst Hochburgen der städtischen Arbeiterschaft waren, leben heute vorwiegend kosmopolitische geprägte, gutgebildete «Städter aus Überzeugung». Dank der guten Datenverfügbarkeit lässt sich dieser Wandel und seine Bedeutung für Zuwanderungsvorlagen für die Stadt Zürich sehr schön aufzeigen. Die gelbe Linie in Abbildung 22 zeigt die Zustimmung zu Zuwanderungsvorlagen in den ehemaligen innenstädtischen Arbeiterquartieren Zürichs, die ihr Profil durch Gentrifizierung stark verändert haben. Bis in die späten 1980er-Jahre lag die Zustimmung für Zuwanderungsvorlagen hier weit über dem Schweizer Durchschnitt. Seither hat sich die Stimmungslage in der Zuwanderungsfrage radikal geändert.

Abbildung 22: Zuwanderungsvorlagen nach Quartiertyp. Stadt Zürich.



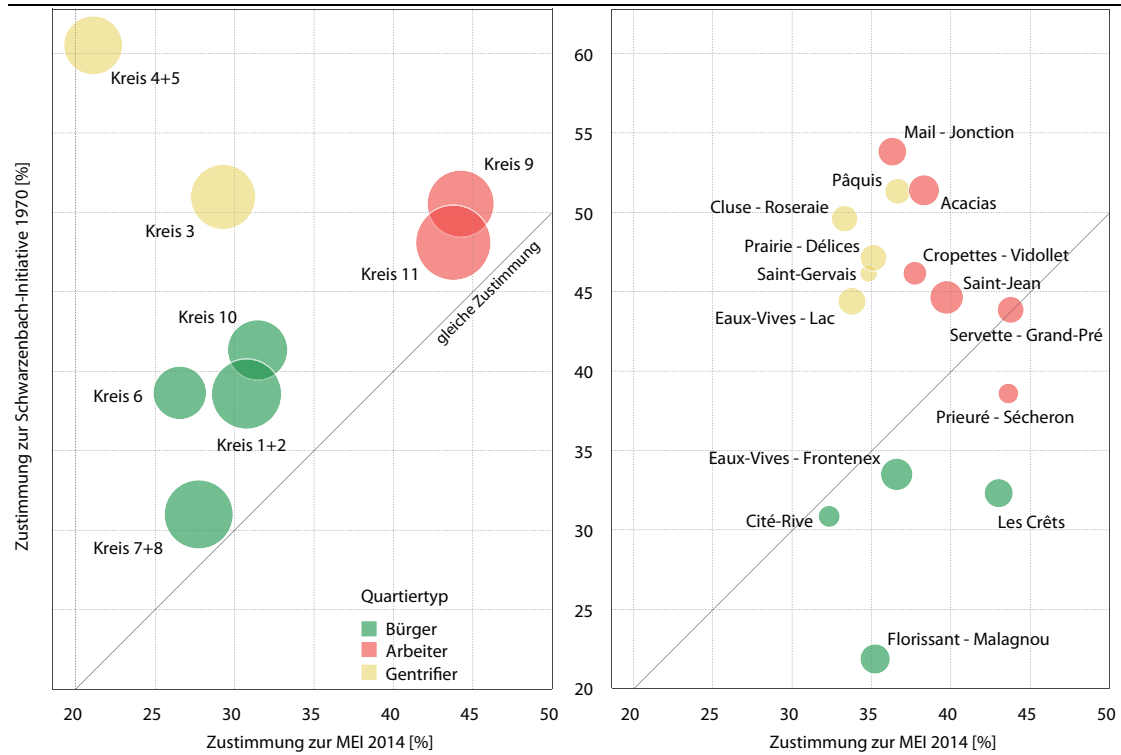
Quelle: Bundesamt für Statistik. Darstellung: sotomo/UZH

Immer unterdurchschnittlich war die Skepsis gegenüber der Zuwanderung in den gehobenen Bürgerquartieren (Zürichberg, Enge usw.). Anders als in den reichen Bürgergemeinden im Agglomerationsgürtel hat die Öffnungsorientierung hier seit den 1990er-Jahren weiter zugenommen. Dies zeigt, dass sich auch die bürgerlichen, traditionell freisinnig geprägten Stadtquartiere verändert haben. Während das weltoffen-bürgerliche Profil der reichen Gemeinden in der Agglomeration an Prägnanz verloren hat, hat es sich in den kernstädtischen Villenquartieren akzentuiert.

Den dritten Quartiertyp bilden die Arbeiter- und Kleinbürgerquartiere am Stadtrand. In Zürich liegen diese Quartiere im Westen und Norden der Stadt (Schwamendingen, Altstetten usw.). Anders als die zentrumsnahen Arbeiterquartiere standen diese lange Zeit nicht im Fokus der neuen urbanen Milieus. Vielmehr wurden sie zu Ausweichstandorten für (ausländische) Personen aus dem Arbeitermilieu, die von der Innenstadt wegzogen. Wie die rote Linie in Abbildung 22 zeigt, akzentuierte sich in der Folge zunächst die Zuwanderungsskepsis. Spätestens seit den Nullerjahren folgte jedoch der Gegentrend. Bei der MEI stimmten die Stadtarbeiterquartiere erstmals deutlich zuwanderungsfreundlicher als die Schweiz als Ganzes. Dies zeigt, dass die «Städter aus Überzeugung» auch diese Quartiere erreicht haben und sie einen zunehmend urbanen Charakter entwickeln.

In Abbildung 23 sind die Zürcher Stadtkreise einzeln dargestellt (soweit es aufgrund der Datenlage möglich ist). Das Diagramm kontrastiert die erste Zuwanderungsvorlage mit der bisher letzten. In der Vertikalen ist die Zustimmung zur Schwarzenbach-Initiative (1970) der Stadtkreise dargestellt, in der Horizontalen die Zustimmung zur MEI. Dramatisch ist der Einstellungswandel in den Kreisen 4 und 5 (Aussersihl und Industriequartier). 1970 war hier die Zustimmung zur Schwarzenbach-Initiative mit 61 Prozent grösser als in allen anderen Teilen der Stadt. 44 Jahre später haben die beiden Kreise ihre Haltung ins Gegenteil verkehrt. Nur 21 Prozent stimmten in diesem Zählkreis für die MEI. In der gesamten Schweiz war die Zustimmung einzig in Lussy-sur-Morges mit 19 Prozent noch tiefer.

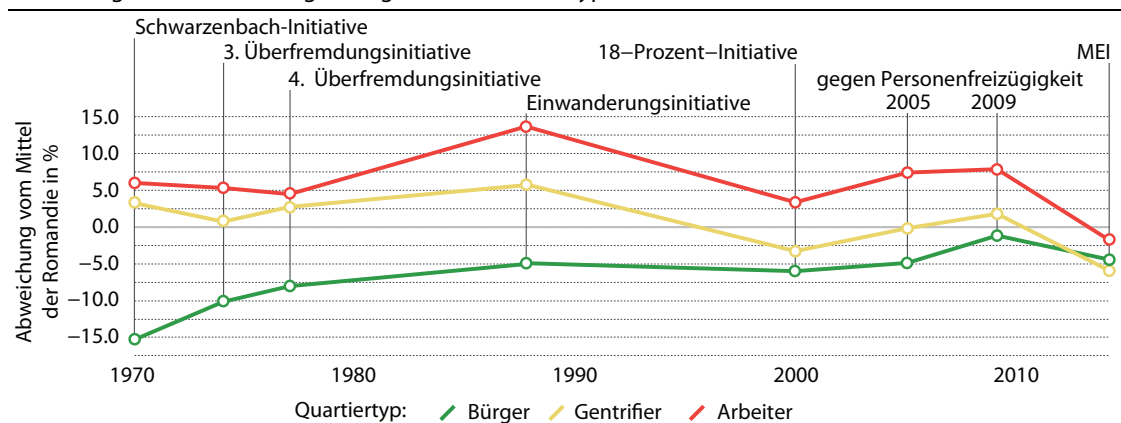
Abbildung 23: Schwarzenbach-Initiative / MEI im Vergleich. Zählkreise Zürich und Genf



Quelle: Bundesamt für Statistik. Darstellung: sotomo/UZH

Die Genfer Zählkreise sind wesentlich kleiner als die Zürcher. Dennoch kommt ihr politisches Profil weniger akzentuiert zum Ausdruck. Die Zustimmung zur MEI liegt in einem relativ schmalen Band zwischen 32 (Cité-Rive) und 44 Prozent (Servette – Grand-Pré). Bei der Schwarzenbach-Initiative war die Spannbreite noch wesentlich grösser (21 bis 54 Prozent). Es ist vor allem die Polarisierung zwischen Arbeiter- und Bürgerquartieren, die in Genf abgenommen hat. Weit weniger ausgeprägt als in Zürich ist der Profilwandel der Gentrifier-Quartiere. Diese Charakteristiken spiegeln sich auch in der Längsschnittdarstellung von Abbildung 24.

Abbildung 24: Zuwanderungsvorlagen nach Quartiertyp. Stadt Genf.



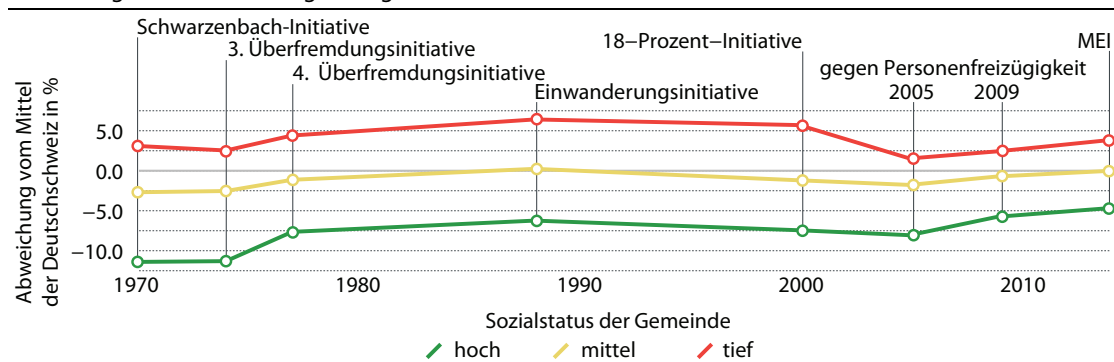
Quelle: Bundesamt für Statistik. Darstellung: sotomo/UZH

Das sozialräumliche Profil

Die Siedlungsstruktur ist durch den Stadt-Land-Gegensatz geprägt und sie ist durch soziale Spannungsfelder charakterisiert. Wohlhabende konzentrieren sich an anderen Orten als Einkommensschwache. Sozialräumliche Segregation gibt es in jeder grösseren Gemeinde. Villen und Blockwohnungen finden sich in unterschiedlichen Quartieren. Vor allem in den grossen Agglomerationen existiert eine sozialräumliche Segregation auch zwischen ganzen Gemeinden. Mit der Einteilung der Gemeinden der Grossagglomerationen nach Sozialstatus lässt sich untersuchen, wie sich die gesellschaftlichen Schichten seit 1970 zur Zuwanderungsfrage stellen.

Bereits im Regressionsmodell (vgl. Abbildung 11) zeigte sich, dass Gemeinden mit höherem Durchschnittseinkommen leicht über der Erwartung für die MEI gestimmt haben. Ein um 8000 Franken höheres Durchschnittseinkommen, liess die Zustimmung zur MEI, unter sonst gleichbleibenden Bedingungen, um 0,3 Prozent steigen. Der Effekt ist statistisch klar signifikant und zugleich bemerkenswert gering. Der Effekt gilt ausserdem nur in Bezug auf die Kontrollvariablen. Reichere Gemeinden stimmen insgesamt migrations- und öffnungsfreundlicher als ärmere.

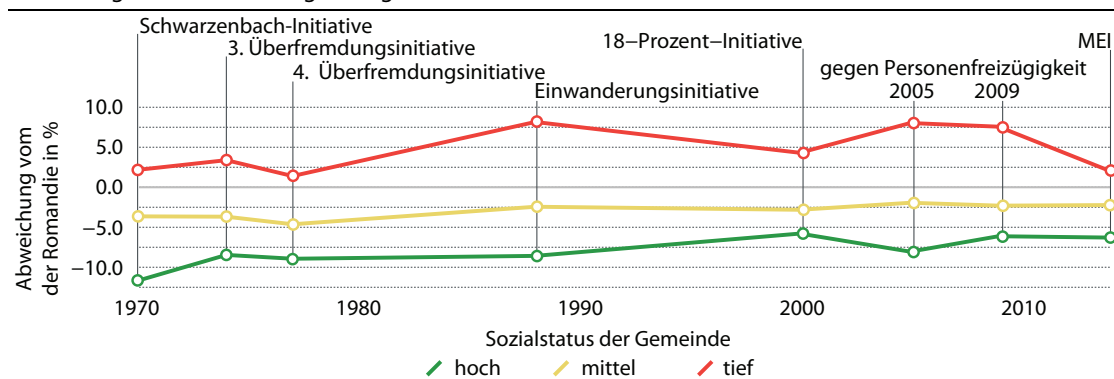
Abbildung 25: Zuwanderungsvorlagen nach sozialräumlichem Profil. Deutschschweiz.



Quelle: Bundesamt für Statistik. Darstellung: sotomo/UZH

In Abbildung 25 sind die Statustypen der Deutschschweiz dargestellt. Erwartungsgemäss stimmen die statustiefen Gemeinden zuwanderungskeptischer als die statushohen. Insgesamt zeigt sich der sozialräumliche Gegensatz als weit stabiler als der Stadt-Land-Gegensatz. Bei sämtlichen Zuwanderungsvorlagen öffnete sich ein ähnlicher Statusgraben.

Abbildung 26: Zuwanderungsvorlagen nach sozialräumlichem Profil. Romandie.

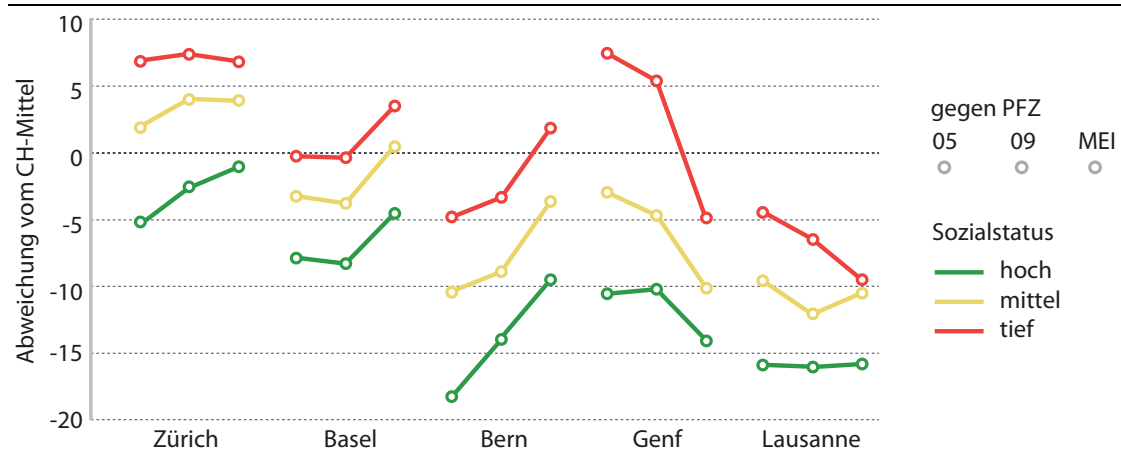


Dennoch können leichte Verschiebungen ausgemacht werden, die mit dem Regressionsmodell korrespondieren: Die reichen, statushohen Gemeinden weichen nicht mehr so stark vom Deutschschweizer Mittel ab wie in den frühen 1970er-Jahren. Sie haben einen Teil ihrer spezifischen Zuwanderungsfreundlichkeit verloren. Werden nur die Abstimmungen, die mit der Personenfreizügigkeit in Bezug stehen, verglichen, fällt auf, dass sich das Profil der statustiefen und der statushohen Gemeinden parallel bewegt hat. Die Zuwanderungsskepsis ist in den Villen- und Arbeitergemeinden in ähnlichem Mass gestiegen. Alle Zonen des Gürtels der Grossagglomerationen haben sich bewegt. Der konservative Trend bezieht sich also auf den suburbanen Raum und nicht spezifisch auf die reichen Zonen dieses Raums.

In der französischen Schweiz zeigt sich dieselbe Grundstruktur (vgl. Abbildung 26). Die statustiefen Gemeinden der grossen Agglomerationen haben bei jeder Zuwanderungsvorlage zuwanderungsskeptischer gestimmt als die Romandie als Ganzes. Bemerkenswert ist jedoch der Stimmungsumschwung zwischen PFZ 2009 und der MEI. Die Arbeitergemeinden haben sich nahezu zum Durchschnitt der französischen Schweiz bewegt. Trotz steigenden Wohnungspreisen und trotz Konkurrenz durch Grenzgänger/innen haben die frankophonen Arbeitergemeinden ihr migrationsskeptisches Profil weitgehend verloren.

Unterschiede bestehen nicht nur zwischen den Sprachregionen, sondern auch zwischen den einzelnen Agglomerationen, wie Abbildung 27 zeigt. Im Züricher Ballungsraum ist der sozialräumliche Graben in der Zuwanderungsfrage seit 2005 kleiner geworden. Während die statustiefen Gemeinden ihre Position gehalten haben, haben sich die statushohen dem Schweizer Durchschnitt angenähert. Dies kann als Indiz dafür gelesen werden, dass im besonders stark von der neuen Zuwanderung betroffenen Zürcher Ballungsraum in den reichen Vororten ein Stimmungswandel stattgefunden hat. Das Gegenstück dazu sind die Agglomerationen Basel und Bern. Hier haben sich die Statustypen parallel nach oben bewegt. Im Quervergleich der drei grossen Deutschschweizer Agglomerationen ist das Muster allerdings ein anderes. Es sind die statushohen Gemeinden Berns, die besonders stark an Zuwanderungsskepsis zugelegt haben und nicht die Zürcher. Es sind die statustiefen und nicht die statushohen Gemeinden Zürichs, die sich nicht im Deutschschweizer Trend bewegt haben.

Abbildung 27: Ablehnung PFZ / Zustimmung MEI nach sozialräumlichem Profil. Fünf Agglomerationen.



Quelle: Bundesamt für Statistik. Darstellung: sotomo/UZH

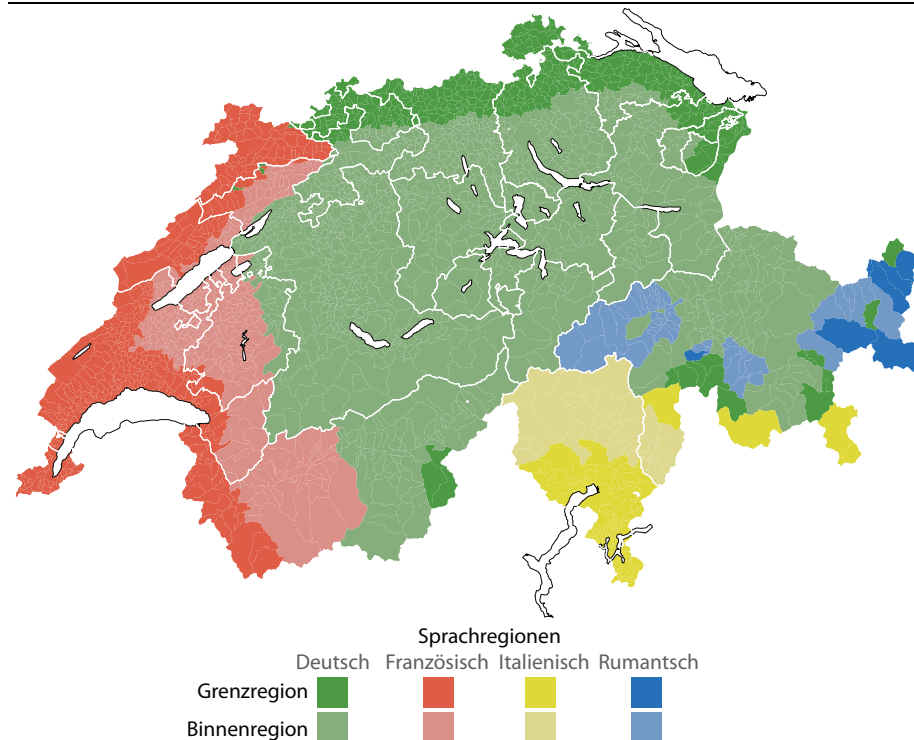
Wie dem Regressionsmodell entnommen werden kann, lag die MEI-Zustimmung der einkommensstarken Gemeinden leicht über der Erwartung. Das Regressionsmodell und die Zeitachsenvergleiche auf den letzten Seiten zeichnen ein Bild, das sich wie folgt zusammenfassen lässt: Im Gürtel der grossen Agglomerationen kann ein Trend zu konservativeren Stimmenscheiden festgestellt werden. Dieser ist in reicheren Gemeinden etwas ausgeprägter und auch dort, wo der Anteil Ausländer/innen vor einigen Jahren noch sehr tief war und seither rasch am steigen ist. Dieser Trend beschränkt sich nicht auf die MEI – es ist ein allgemeiner Einstellungswandel, der sich seit Beginn der Nullerjahre manifestiert. Das veränderte Verhältnis zu Europa und neue Zuwanderung tragen aber womöglich zu diesem Einstellungswandel bei.

Grenz- und Binnenregionen

Es ist naheliegend, die ausgeprägte Skepsis gegen die Personenfreizügigkeit in der italienischen Schweiz auf die exponierte Grenzlage zurückzuführen. Dies wiederum lässt es naheliegend erscheinen, dass Grenz- und Binnenregionen generell unterschiedlich auf die Zuwanderungsfrage reagieren. Gemäss Regressionsmodell (vgl. Abbildung 11) existiert allerdings kein solcher Effekt. Unter sonst gleichbleibenden Bedingungen haben Grenzregionen der MEI nicht stärker zugestimmt als Binnenregionen.

In Abbildung 28 ist die verwendete Einteilung nach Grenz- und Binnenregionen dargestellt. Es wurde hierfür ein 15 Kilometerkorridor gezogen. Als Grenzregionen gelten dabei nur solche, die durch eine grosse Verkehrsachse (Strasse, Zug, Schiff) mit dem benachbarten Ausland verbunden sind.

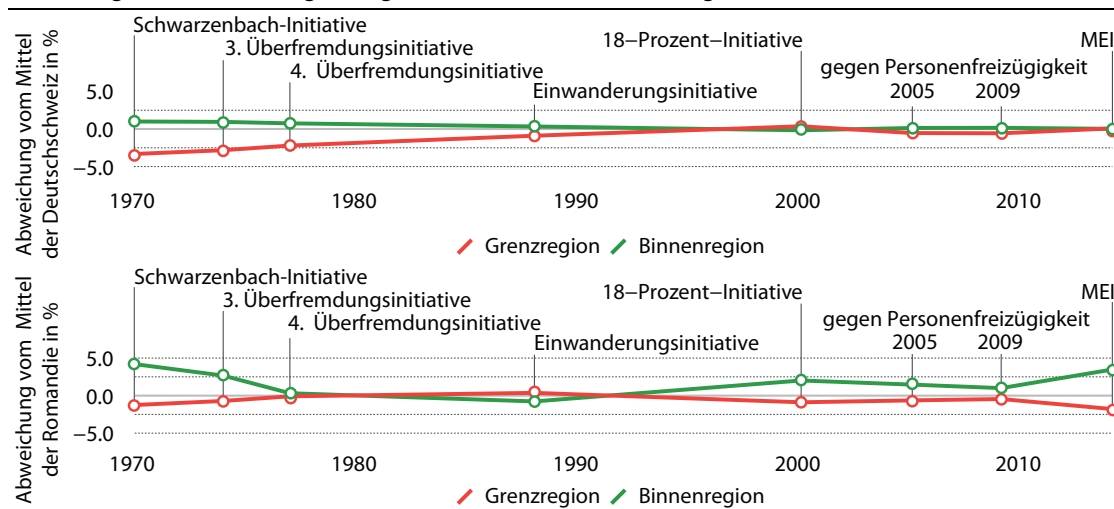
Abbildung 28: Grenz- und Binnenregionen nach Sprachregionen.



Quelle: Bundesamt für Statistik. Darstellung: sotomo/UZH

Der Gegensatz Grenz- vs. Binnenregion hat sich nicht auf die MEI-Zustimmung ausgewirkt. Überhaupt kann zumindest bei Zuwanderungsvorlagen nicht von einem Gegensatz der beiden Raumtypen gesprochen werden. Die Zustimmung zu entsprechenden Abstimmungsvorlagen lag in den letzten 44 Jahren immer auf annähernd demselben Niveau und zwar sowohl in der Deutschschweiz wie auch in der Romandie (vgl. Abbildung 29). Die Abweichungen beliefen sich auf maximal 5 Prozentpunkte. Die Binnenregionen stimmten tendenziell etwas zuwanderungskeptischer.

Abbildung 29: Zuwanderungsvorlagen nach Grenz- und Binnenregionen. Deutschschweiz und Romandie

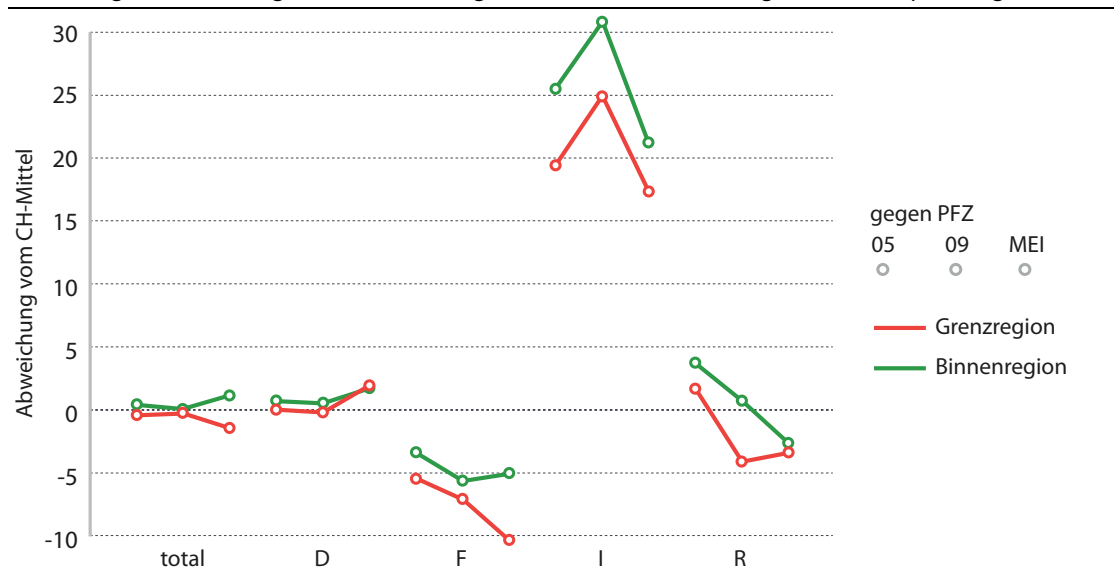


Quelle: Bundesamt für Statistik. Darstellung: sotomo/UZH

Die Ablehnung der Personenfreizügigkeit ist in der italienischen Schweiz deutlich grösser als in den anderen Sprachregionen. Wie Abbildung 30 sichtbar macht, ist die PFZ-Ablehnung innerhalb der italienischen Schweiz in den weiter von der Grenze entfernten Gemeinden grösser als in den Grenzregionen. Dieser Unterschied ist eine Folge der Siedlungsstruktur. Die urbanen Zonen liegen vor allem im grenznahen Süden des Kantons Tessin und städtische Regionen stimmen eher zuwanderungsfreundlich. Wird dies berücksichtigt, verschwindet der Gegensatz, er kehrt sich aber nicht ins Gegenteil.

Das Tessin und die italienischsprachige Schweiz insgesamt werden gerne als Zeugen für die Rolle der Betroffenheit bei der Ablehnung der Personenfreizügigkeit und Zustimmung zur MEI herangezogen. Doch innerhalb dieses Landesteils sind die exponierten Grenzregionen nicht PFZ-skeptischer als die etwas stärker geschützten Binnenregionen. Dies bestätigt einen Befund, der bereits auf Basis des Regressionsmodells gezogen werden konnte. Die direkte Betroffenheit spielt für das Abstimmungsverhalten kaum eine Rolle, der gesellschaftliche politische Diskurs über die Zuwanderung jedoch sehr wohl und dieser Diskurs orientiert sich durchaus an Fakten. Im kritischen PFZ-Diskurs der italienischen Schweiz spiegeln sich spezifische Problemfelder und diese werden durch die Stimmenden rezipiert. Konkrete Unterschiede in der persönlichen Betroffenheit sind daneben verblüffend wirkungslos.

Abbildung 30: Ablehnung PFZ / Zustimmung MEI. Grenz- und Binnenregionen nach Sprachregion.

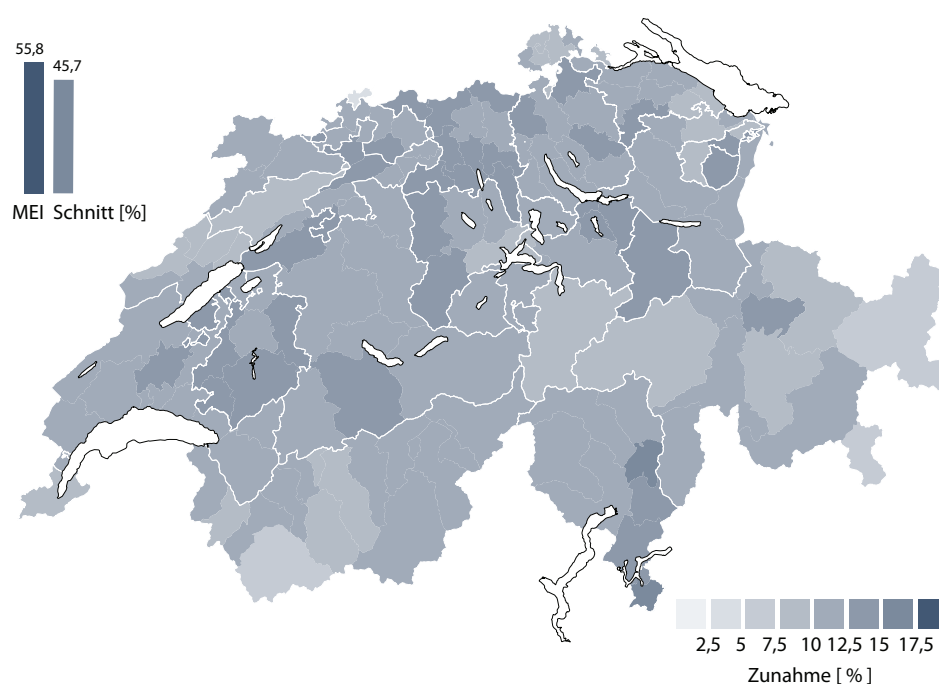


Quelle: Bundesamt für Statistik. Darstellung: sotomo/UZH

6 Stimmbeteiligung und Mobilisierung

Die Abstimmung zur Masseneinwanderungsinitiative mobilisierte die Stimmbevölkerung. 56,6 Prozent nahmen an der Abstimmung vom 9. Februar 2014 teil. Die durchschnittliche Stimmbeteiligung seit 2000 bei eidgenössischen Vorlagen liegt bei 45,7 Prozent. Die Beteiligung lag somit um 10 Prozentpunkte über dem Durchschnitt der vergangenen 14 Jahre. Der Mobilisierungsschub war flächendeckend: Wie Abbildung 31 zeigt, lag bei der MEI die Stimmbeteiligung in jedem Bezirk über dem Durchschnitt. Auffällig ist die starke Zunahme in den Kantonen Glarus, Appenzell Innerrhoden, Aargau und Fribourg.

Abbildung 31: Stimmbeteiligung MEI im Vergleich zum Durchschnitt.



Quelle: Bundesamt für Statistik. Darstellung: sotomo/UZH

Insgesamt war die Stimmbeteiligung nur an zwei Abstimmungsterminen seit der historischen EWR-Abstimmung vom 9. Dezember 1992 grösser als bei der MEI. Damals nahmen 79 Prozent teil. Seither war sie am 3. März 2002 am grössten als 58 Prozent sich zum UNO-Beitritt und einer Volksinitiative zur Senkung der Arbeitszeit äusserten. Am 6. Mai 2005 nahmen 57 Prozent an der Abstimmung zu den Abkommen über Schengen/Dublin und dem Partnerschaftsgesetz teil. Gleich gross wie am 9. Februar 2014 war die Stimmbeteiligung schliesslich am 3. April 2001. Damals stand die Initiative «Ja zu Europa» im Fokus und 56 Prozent nahmen teil. Aussenpolitische Vorlagen, die mit einer Übertragung von Kompetenzen an supranationale Strukturen verbunden sind, mobilisieren offenkundig am stärksten. Migrationsthemen mobilisieren ebenfalls stark, die Spitzenwerte bezüglich Stimmbeteiligung liegen jedoch zirka 3 bis 4 Prozentpunkte tiefer. Am meisten mobilisierten die

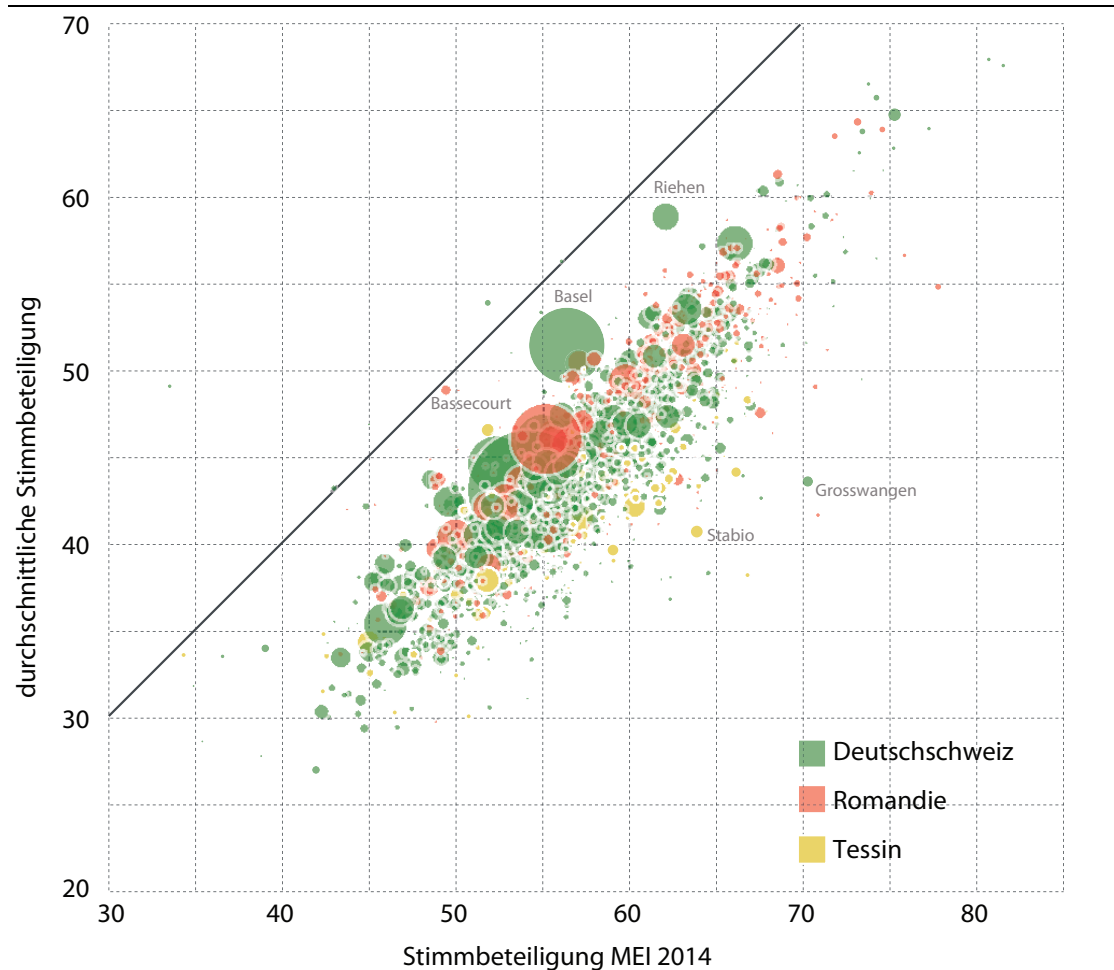
Minarett-Initiative 2009 und die «Erleichterte Einbürgerung» 2004 mit je 54 Prozent sowie die Ausschaffungsinitiative (2010) mit 53 Prozent.

Wie in den ersten Kapiteln gezeigt wurde, ist die MEI von der Stimmbevölkerung primär als Migrationsvorlage interpretiert worden. Bezüglich Stimmbeteiligung lag die MEI bei einem Wert, den sonst nur ausserpolitische (Souveränitäts-)Vorlagen erreichen. Wie gezeigt wird, war diese sehr grosse Mobilisierung für den Ausgang der Abstimmung nicht unerheblich.

Faktoren der Mobilisierung

Die Stimmbeteiligung in den einzelnen Gemeinden bildet die Grundlage für die Analyse der Mobilisierung. Die Unterschiede in der Stimmbeteiligung zwischen den Gemeinden können dazu eingesetzt werden, die Einflussfaktoren auf die Mobilisierung zu bestimmen. War die Stimmbeteiligung in von Zuwanderung und schnellem Wachstum stark betroffenen Gemeinden überdurchschnittlich gross? Wie wirkte sich die politische Grundorientierung auf die Stimmbeteiligung aus? Konnten Gegner oder Befürworter der Initiativen in ihren Hochburgen besser mobilisieren?

Abbildung 32: Durchschnittliche Stimmbeteiligung 2010-2013 / MEI-Beteiligung im Vergleich



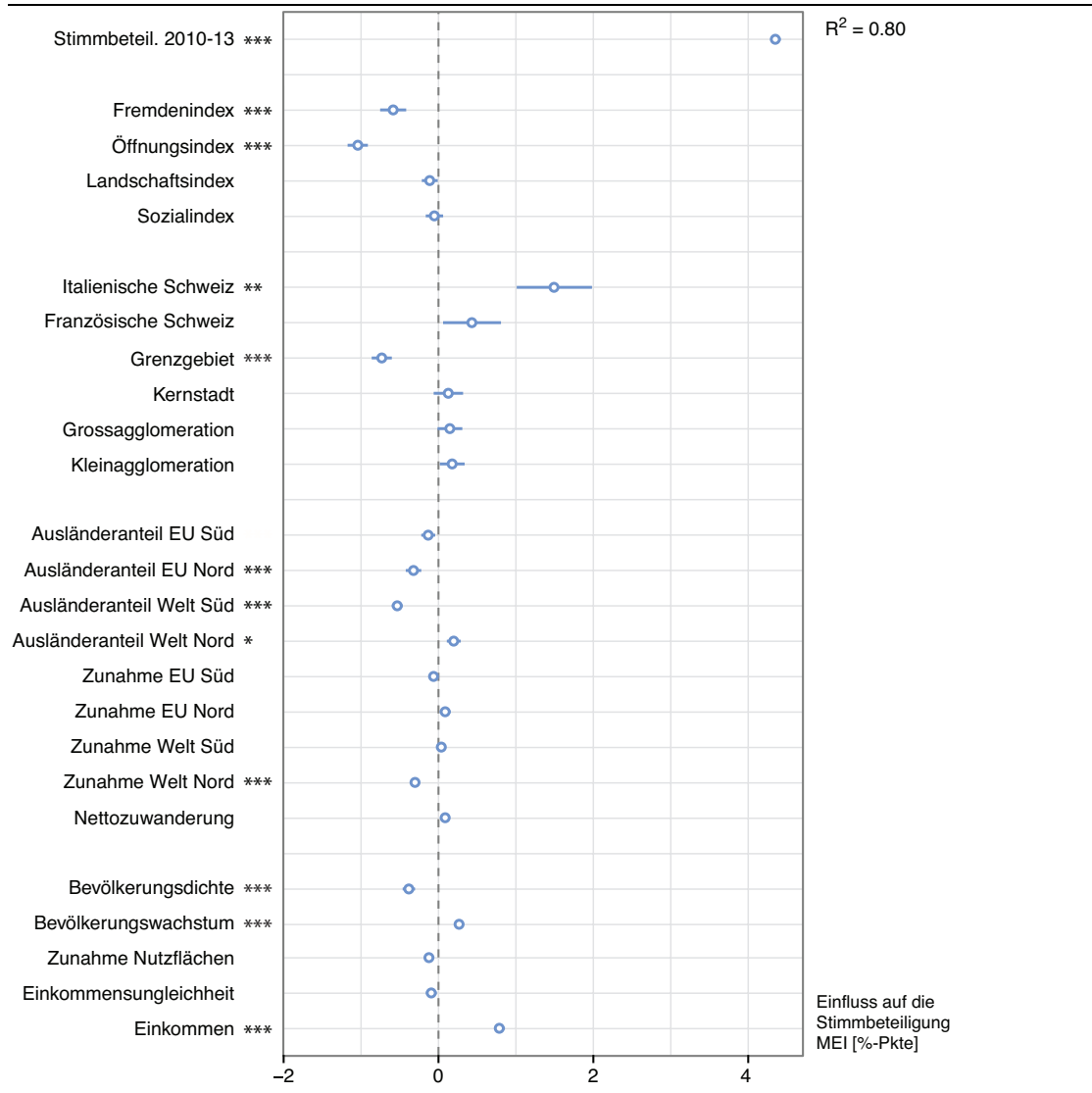
Quelle: Bundesamt für Statistik. Darstellung: sotomo/UZH

Abbildung 32 zeigt die MEI-Beteiligung im Vergleich zur durchschnittlichen Stimmbeteiligung in den Gemeinden. Die beiden Variablen korrelieren. Die MEI-Stimmbeteiligung war

dort hoch, wo auch sonst die Beteiligung überdurchschnittlich ist. Auffällig sind zwei Ausreisser. Basel und das ebenfalls zum Kanton Basel-Stadt gehörende Riehen. Die Stimmbeteiligung lag hier nur wenig über dem Durchschnitt. Wie in Abbildung 20 gezeigt, stimmt Basel migrationsskeptischer als die anderen Grossstädte. Der Graben vergrösserte sich allerdings nicht bei der MEI. Die vergleichsweise grosse Stimmmabstinz in Basel deutet auf eine mögliche Entscheidungsunsicherheit bei der Stimmbevölkerung. Latente Sympathien zur Vorlage standen womöglich wirtschaftlichen Bedenken oder Skepsis gegenüber dem Absender der Vorlage gegenüber.

Die systematische Analyse der Mobilisierungsfaktoren beruht auf demselben Verfahren wie die Analyse der Faktoren der Zustimmung zur MEI (vgl. Kapitel 4). Mit einem linearen Regressionsmodell kann untersucht werden, welche unabhängigen Variablen sich auf positiv oder negativ auf die Stimmbeteiligung auswirken. Es werden dieselben unabhängigen Variablen ins Modell integriert wie bei der Zustimmungsanalyse.

Abbildung 33: Umfassendes Regressionsmodell der MEI-Stimmbeteiligung



Quelle: Bundesamt für Statistik. Analyse und Darstellung: sotomo/UZH

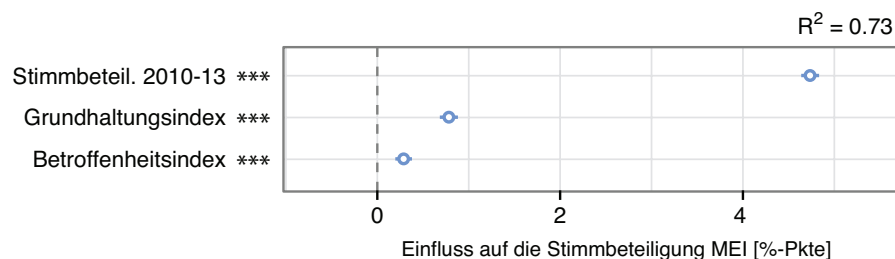
Zusätzlich wird die «durchschnittliche Stimmbeteiligung 2000-2013» als Kontrollvariable integriert. Damit messen die anderen Variablen nicht die ohnehin bestehenden Unterschiede in der Stimmbeteiligung, sondern die spezifische Mobilisierung der MEI. Dies entspricht den Abweichungen von der Diagonalen in Abbildung 32. Zur besseren Vergleichbarkeit der einzelnen Einflussfaktoren wurden diese standardisiert. D.h. eine Zunahme des Variablenwerts um eine Standardabweichung erhöht oder senkt die Stimmbeteiligung um den in Abbildung 33 dargestellten Prozentpunkt.

Der grösste Anteil an der Stimmbeteiligung vom 9. Februar 2014 wird erwartungsgemäss durch die durchschnittliche Stimmbeteiligung in den entsprechenden Gemeinden erklärt. Eine um 5,5 Prozentpunkte höhere Durchschnittsbeteiligung (=Standardabweichung) führt zu einer um 4,3 Prozentpunkt höheren MEI-Beteiligung. Eine überdurchschnittliche Mobilisierung gab es in der italienischen Schweiz, wo die Beteiligung um 1,6 Prozentpunkte höher lag als erwartet. Das in Abbildung 33 dargestellte Regressionsmodell zeigt eine Reihe signifikanter und zugleich eher kleiner Effekte. Dämpfend auf die MEI-Stimmbeteiligung wirken folgende Kontextfaktoren: Grenzgebiet, Ausländeranteil (EU Nord & Welt Süd), Zunahme Welt Nord sowie die Bevölkerungsdichte. Ein positiver Effekt geht vom Durchschnittseinkommen und vom Bevölkerungswachstum aus.

Auch die Grundhaltungsvariablen haben einen Einfluss auf die MEI-Stimmbeteiligung. Gemeinden mit einer stärkeren Öffnungsorientierung (Öffnungsindex) hatten eine tiefere Stimmbeteiligung als erwartet. Zugleich hatte sich jedoch auch die Skepsis gegenüber Fremden (Fremdenindex) eine dämpfende Wirkung. Vom ersten profitierten eher die Befürworter der Initiative, vom zweiten die Gegner. Doch welcher Effekt ist stärker? Das auf drei Variablen reduzierte Regressionsmodell in Abbildung 34 gibt die Antwort.

Asymmetrische Mobilisierung der Befürworter

Abbildung 34: Summarisches Regressionsmodell der MEI-Stimmbeteiligung



Quelle: Bundesamt für Statistik. Analyse und Darstellung: sotomo/UZH

Der Grundhaltungsindex gibt die grundsätzliche Affinität der Gemeinden zu Vorlagen wie der MEI wieder. Er basiert auf der Zustimmung zur Minarett- und zur SVP-Familieninitiative sowie aus der Ablehnung der EU-Osthilfe. Der Betroffenheitsindex steht für die objektive durch Betroffenheit durch die «Masseneinwanderung». Er setzt sich aus den Variablen Zunahme Ausländeranteil, Nettozuwanderung, Bevölkerungswachstum, Nutzflächenwachstum zusammen.

Das summarische Regressionsmodell zeigt, dass die Stimmbeteiligung in konservativen migrations- und öffnungsskeptischen Gemeinden insgesamt über dem Erwartungswert

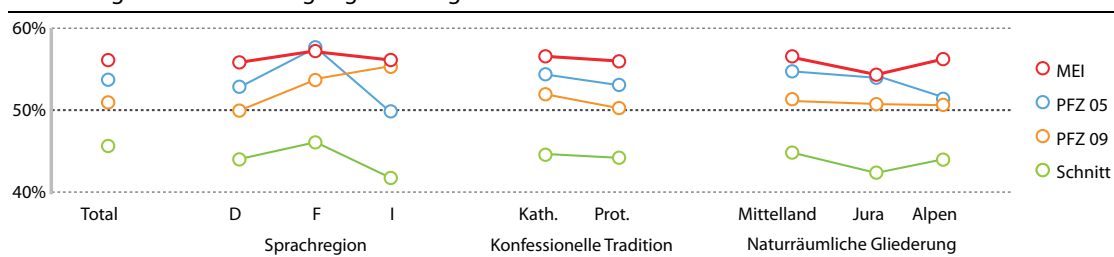
lag. Eine um 11 Prozentpunkte grössere Zustimmungseigung zur MEI lässt die Stimmbeteiligung in der entsprechenden Gemeinde 0,8 Prozentpunkte steigen. Daraus kann geschlossen werden, dass die Stimmbeteiligung der MEI-Befürworter im Vergleich zu den MEI-Gegnern um 7 Prozentpunkte über dem Erwartungswert lag. Ohne diese asymmetrisch vom Durchschnittswert abweichende Mobilisierung wäre der Ja-Stimmenanteil zur MEI bei 47 Prozent gelegen. Dies zeigt, dass die Grundhaltung nicht nur, wie in den Kapiteln 3 und 4 aufgezeigt, für den Stimmentscheid, sondern auch für die Mobilisierung eine Schlüsselrolle besass. Eine konservative, fremdenskeptische Grundhaltung führte bei der MEI zu einer überproportional starken Stimmbeteiligung – mit entscheidendem Einfluss auf das Abstimmungsergebnis.

Auch die Betroffenheit durch die quantitativ starke Zuwanderung der letzten Jahre hatte einen Einfluss auf die Teilnahme an der MEI-Abstimmung. Eine um eine Standardabweichung grössere Betroffenheit erhöhte die Stimmbeteiligung um 0,3 Prozentpunkte. Da jedoch Betroffenheit, wie gezeigt, nur einen marginalen Einfluss auf den Stimmentscheid hatte, hatte diese asymmetrische Mobilisierung keinen spürbaren Einfluss auf das Abstimmungsergebnis.

Stimmbeteiligung nach Regionen und Raumtypen

Die Stimmbeteiligung kann weiter nach Regionen und Raumtypen betrachtet werden. Analog zum Vorgehen bei der Interpretation des Stimmverhaltens zur MEI zeigt Abbildung 35 die Stimmbeteiligung in den traditionellen Regionen der Schweiz. Zusätzlich zur MEI-Beteiligung sind auch der Durchschnittswert von 2010 bis 2013 sowie die Beteiligung bei den Personenfreizügigkeitsabstimmungen 2005 und 2009 dargestellt. Die Beteiligung an der MEI war in allen Hauptregionen annähernd dieselbe. Die grössten Abweichungen finden sich in der Romandie und dem Jurabogen. Wie ein Blick auf die jeweilige Durchschnittsbeteiligung zeigt, entspricht dies dem üblichen Stimmverhalten. Die Romandie weist insgesamt im Vergleich der Sprachregionen eine höhere Beteiligung vor, während der Jura eine tiefere Stimmbeteiligung hat.

Abbildung 35: Stimmbeteiligung nach Regionen



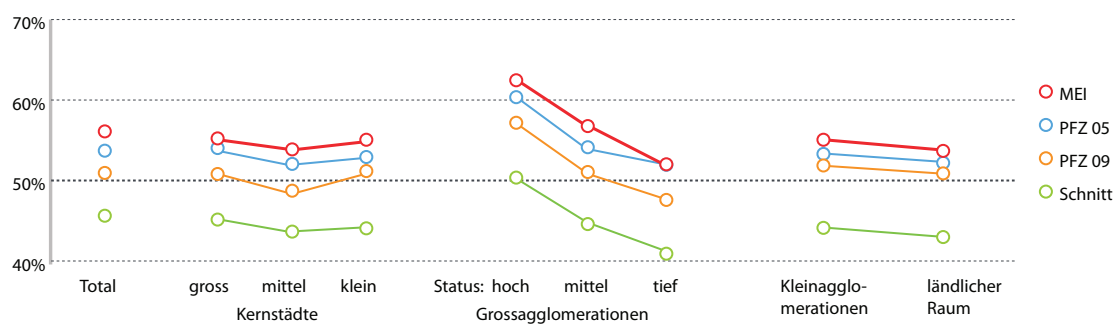
Quelle: Bundesamt für Statistik. Darstellung: sotomo/UZH

Die Abweichung der MEI-Beteiligung vom Durchschnittswert ist in allen Regionen ähnlich gross. Die italienische Schweiz bildet die Ausnahme mit einer Spanne von 14 Prozentpunkten zwischen der durchschnittlichen und der MEI-Stimmbeteiligung. Es ist diese überdurchschnittliche Differenz, die sich auch im Regressionsmodell in Abbildung 33 niederschlägt. Auffällig hoch war die Stimmbeteiligung in der italienischen Schweiz bereits bei der Abstimmung zur Personenfreizügigkeit 2009, nicht jedoch bei der PFZ-Abstimmung

2005. Bereits 2009 ist das Stimmverhalten besonders stark von der übrigen Schweiz abgewichen und die ablehnende Haltung gegenüber der Personenfreizügigkeit kam im italienischsprachigen Landesteil damals besonders akzentuiert zum Ausdruck. Die hohe Mobilisierung in der italienischen Sprachregion ist Ausdruck der spezifischen Skepsis gegenüber dem Freizügigkeitsabkommen.

Auch in den in Abbildung 36 dargestellten Raumtypen zeigen sich relativ konstante Unterschiede in der Stimmbeteiligung. Auffällig sind insbesondere die Beteiligungsunterschiede nach sozialem Status. Die Stimmbeteiligung ist in reichen Agglomerationsgemeinden im Durchschnitt um 10 Prozentpunkte grösser als in Arbeitervororten. Bei der MEI war dieser Gegensatz sogar noch etwas stärker akzentuiert. Passend dazu zeitigt das Einkommen im Regressionsmodell einen positiven Mobilisierungseffekt.

Abbildung 36: Stimmbeteiligung nach Raumtypen



Quelle: Bundesamt für Statistik. Darstellung: sotomo/UZH

Im Vergleich der Raumtypen und im Verhältnis zur durchschnittlichen Stimmbeteiligung mobilisierte die MEI im ländlichen Raum am stärksten. Die Beteiligung lag 12 Prozentpunkte über dem Schnitt. In den ländlich-agrarischen Gemeinden waren es sogar 13 Prozentpunkte. Das Gegenstück bilden die grossen Kernstädte. Zwar mobilisierte die MEI auch hier mehr als sonst, der Abstand zum Durchschnittswert betrug jedoch nur 9,5 Prozentpunkte. Leicht grösser war die Distanz zur Durchschnittsbeteiligung in den mittelgrossen und kleinen Kernstädten. Die MEI-Mobilisierung verlief asymmetrisch zwischen Stadt und Land. Gemäss Regressionsmodell in Abbildung 33 ist der Siedlungs- bzw. Raumtyp jedoch kein erklärender Faktor für die MEI-Stimmbeteiligung. In der asymmetrischen Mobilisierung spiegeln sich Werthaltungsunterschiede. Wie gezeigt, nahmen nationalkonservativ orientierte Menschen überproportional an der Abstimmung vom 9. Februar teil und diese leben häufiger im ländlichen Raum als in den Grossstädten.